

Wortprotokoll*

Öffentliche Sitzung

Sonderausschuss „Wasserverträge“

5. Sitzung

30. März 2012

Beginn: 12.07 Uhr

Schluss: 13.38 Uhr

Vorsitz: Claudio Jupe (CDU)

Vorsitzender Claudio Jupe: Ich begrüße Sie alle recht herzlich, insbesondere auch die Zuhörer. Ich bitte allerdings, davon Abstand zu nehmen, hier Papiere zu verteilen. Das ist nach unserer Geschäftsordnung nicht zulässig. Ich bitte Sie weiterhin – das muss ich jedes Mal zu Beginn der Sitzung wiederholen –, von Beifalls- und Missfallenskundgebungen Abstand zu nehmen.

Wir haben heute die fünfte Sitzung des Sonderausschusses zu den Wasserverträgen. Ihnen wurde die Tagesordnung mit den vier Tagesordnungspunkten zugesandt. Vorab möchte ich darauf hinweisen, dass wir zu Punkt 2

Entwicklung und Verfassungskonformität der Holdingkonstruktion (Teilprivatisierungsgesetz und Teilprivatisierungsverträge) zur BWB- Teilprivatisierung 1998/1999

Hierzu: Anhörung

eine Anhörung vorgesehen hatten. Diese Anhörung kann nicht stattfinden, weil der Anzuhörende – Herr Branoner – nicht kommen wird. Er hat in der Kürze der Zeit der Ladungsfrist keine Aussagegenehmigung bekommen, sodass wir diesen Tagesordnungspunkt vertagen müssen. Den können wir heute nicht abhandeln, denn gerade dazu war die Anhörung vorgesehen. Ansonsten bleibt es bei der Tagesordnung. – Ich höre keine Einwände, dann werden wir so verfahren.

* Die in der gedruckten Fassung des Protokolls schwarz-weiß sichtbaren Abbildungen sind in der PDF-Datei in der Dokumentation des Abgeordnetenhauses in den Originalfarben dargestellt.

Wir kommen zu

Punkt 1 der Tagesordnung

1. **Wirtschaftliche Auswirkungen der
Teilprivatisierung der
Berliner Wasserbetriebe (BWB) auf:**

- den Haushalt des Landes Berlin
- die Berliner Wasserbetriebe
- die Bürgerinnen und Bürger

Hierzu: Anhörung der BWB

Dazu begrüße ich Herrn Bruckmann von den Berliner Wasserbetrieben recht herzlich. Es sind diverse Fragenkataloge eingegangen, einmal der SPD und CDU mit neun Fragen; sodann sind weitere Fragenkataloge seitens der Linken und der Grünen eingegangen. Herr Bruckmann! Vielleicht können Sie eingangs feststellen, welche Ihnen zugegangen sind und wie Sie darauf reagiert haben. Dafür wäre ich Ihnen sehr dankbar. – Bitte schön!

Frank Bruckmann (Berliner Wasserbetriebe): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich fange mit dem Letzten an. Wir haben drei Anfragen, einmal das Papier der CDU und SPD. Dazu gibt es gemeinsam mit den Senatsverwaltungen eine Antwort, die, glaube ich, verteilt wurde und Ihnen vorliegt. Gestern sind noch zwei weitere Anfragen gekommen, einmal von der Linken, die wir bearbeitet und heute Morgen, weil das sehr kurzfristig war, an die Senatsverwaltungen weitergegeben haben, und dann gab es eine Anfrage mit mehreren Fragen von den Grünen. Darin wurde schon beschrieben, dass wir sie auch schriftlich beantworten dürfen. Vielen Dank dafür! Wir werden das wie vereinbart, Frau Kosche, bis zum 11. April mit dem Senat zusammen liefern.

Wir sind hier eingeladen worden, über die wirtschaftlichen Auswirkungen der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe zu reden. Wir haben uns streng an die Tagesordnung gehalten, und zwar die Auswirkungen der Teilprivatisierung auf den Haushalt des Landes Berlin, auf die Berliner Wasserbetriebe und auf die Bürgerinnen und Bürger, und haben dazu eine kleine Präsentation vorbereitet.

Erster Punkt: Abführungen an das Land Berlin.

**1 ... Auswirkungen auf den Haushalt des Landes Berlin
→ Abführungen an das Land Berlin**



[Mio. €]	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Dividende	-	38	-	-	108	36	58	74	149	110	133	122	108
Grundwasserentnahmeentgelt	48	47	49	51	52	53	51	52	48	50	49	49	50
Sondernutzungsentgelt	-	-	-	-	-	15	15	15	15	15	24	20	21
Kaufpreis BWB an Land Berlin	1.457	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe	1.505	85	49	51	160	104	124	141	212	175	206	191	179

30.03.2012 Frank Bruckmann

3

Wir haben in den Spalten die Entwicklung von 1999 bis 2011 dargestellt und in den Zeilen, was an das Land Berlin geflossen ist – das ist zum einen die Dividende, das ist das Sondernutzungsentgelt ab 2004, das Grundwasserentnahmeentgelt durchgängig und 1999 der Kaufpreis – und das in der letzten Zeile als Summe addiert.

Wenn wir uns die Tabelle anschauen, sehen wir verschiedene Sondereffekte, nämlich in 1999, 2000, 2001 und 2002. Dahinter steckt das dem einen oder anderen von Ihnen bekannte Thema SVZ. Das heißt Sekundärstoffverwertungszentrum Schwarze Pumpe. Da sind Verluste bei den Wasserbetrieben entstanden, die die Gewinne aus den Betriebsteilen Wasser und Entwässerung aufgezehrt bzw. diese Gewinne überstiegen haben. Deswegen steht in 1999, 2001 und 2002 dort ein Strich.

Dann möchte ich noch auf das Jahr 2007 hinweisen. Da sehen Sie einen Ausreißer. Das sind 149 Millionen Euro Dividende, die mit dem Verfahren zusammenhängen, das die Berliner Wasserbetriebe wegen der Reinigung der öffentlichen Straßen und Plätze gegen das Land Berlin angestrengt haben. Dort kam es zu Auflösungen von Rückstellungen und Zinserträgen, die das Gericht den Berliner Wasserbetrieben zugesprochen hat. Diese sind wie alle anderen Gewinne auch im Beteiligungsverhältnis 50,1 Prozent an das Land Berlin und 49,9 Prozent an die privaten Gesellschafter RWE und Veolia verteilt worden. Deswegen ist dieser „Huckel“ in 2007.

Auswirkungen auf die Berliner Wasserbetriebe.

2 ... Auswirkungen auf die BWB
→ Übersicht

Berliner Wasserbetriebe

- > Personal
- > Investitionen
- > Optimierung

30.01.2012 Frank Bruckmann 4

Hier haben wir drei Unterpunkte gemacht, einmal das Personal – Was hat sich da getan? –, dann die Investitionen – Wie ist damit verfahren worden? – und: Wie haben sich die Wasserbetriebe intern weiterentwickelt?

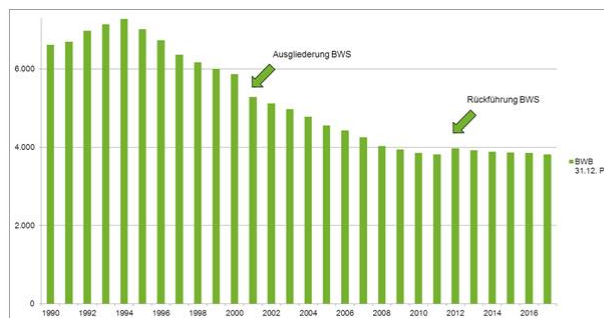
Ich möchte mit dem Personal anfangen.

2 ... Auswirkungen auf die BWB
→ Personal

Berliner Wasserbetriebe

➤ Sozialverträglicher Personalabbau

- Produktivitätssteigerungen in allen Bereichen
- Effizienzsteigerung durch Automatisierung: LISA, LSW und LKW
- Partnering-Baustellen
- Insourcing
- Arbeitszeitmodelle
- Altersteilzeit



30.03.2012 Frank Bruckmann 5

Wir haben hier den Personalbestand in Vollzeitäquivalenten – PJ – aufgeführt von 1990 bis 2016, wie wir das planen. Wir kommen von über 7 000 auf etwas unter 4 000. Sie sehen die beiden Pfeile. Das war eine Ausgliederung. BWS heißt: Berlinwasser Services, das war im Wesentlichen die IT-Abteilung der Berliner Wasserbetriebe, und Sie sehen zum 1. Januar dieses Jahres die Rückführung der Mitarbeiter. Sie sehen, dass es einmal deutlich nach unten geht und 2012 wieder einen Schwung nach oben macht. Das ist die Rückführung der ehemaligen Mitarbeiter, die 2000 ausgegliedert worden sind.

Wie haben wir die Verringerung geschafft? – Durch Produktivitätssteigerung, insbesondere durch Automatisierung. Dort steht: LISA, LSW und LKW. LISA steht für Leit- und Informationssystem Abwasser, LSW für Leitsystem Wasser, also die Steuerung der Wasserwerke und Abwasserwerke bzw. LKW 2. Das ist ein Leitklärwerkekonzept, wo wir weniger Personal in

den einzelnen Klärwerken benötigen. Darüber hinaus haben wir verschiedene flexible Arbeitszeitmodelle. Das sehen wir gleich noch mal. Wir haben eine sehr hohe Teilzeitquote oder „Vollzeit light“, wie wir das nennen. Insgesamt – das ist die Überschrift dort – ist das ein sozialverträglicher Personalabbau. Der ist vertragsgemäß ohne betriebsbedingte Kündigungen vonstatten gegangen.

Eine weitere Folie zum Personal,

**2 ... Auswirkungen auf die BWB
→ Personal**



- Hoher Frauenanteil / hohe Teilzeitquote**
- Führende Position im Ausbildungsbereich**

Beschäftigte BWB 2011	
Personenjahre	3.821
Einstellungen	96
Frauenanteil	30,4 %
Frauen in 1. Hierarchieebene	48 %
Teilzeitquote	33,5 %

Ausbildung in Zahlen 2011	
Zahl Azubis	321
Ausbildungsquote	8,4 %
Ausbildungsberufe	18
Weibliche Azubis	29,6 %
Schwerbehinderte Azubis	1,6 %

30.03.2012 Frank Bruckmann

6

insgesamt die Beschäftigten in Personenjahren, also 3 821 Vollzeitäquivalente in 2011. Ich möchte auf drei Dinge hinweisen. Das ist zum einen die Teilzeitquote mit 33,5 Prozent. Die ist sehr hoch. Hier ist hervorzuheben, dass das auch sehr stark die männliche Belegschaft betrifft, nicht nur die weibliche, wie es vielleicht früher typisch war, sondern es sind auch viele männliche Kollegen, die von diesem Teilzeitangebot Gebrauch machen.

Ein zweiter Punkt, auf den ich hinweisen möchte, ist der Frauenanteil. Wir haben insgesamt 30,4 Prozent Frauen, und wir haben 48 Prozent Frauen in der ersten Hierarchieebene. Das ist, glaube ich, nicht so ganz schlecht.

Ausbildung: Wir bilden in 18 Berufen aus und haben eine Ausbildungsquote von 8,4 Prozent, was, glaube ich, auch auf einem sehr hohen und sehr vernünftigen Niveau liegt.

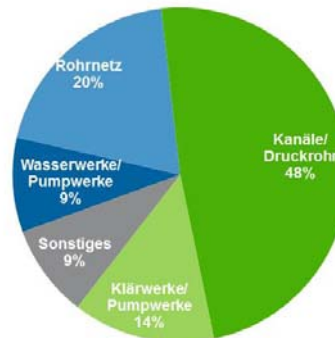
Zu den Investitionen sehen Sie hier einen Überblick,

**2 ... Auswirkungen auf die BWB
→ Investitionen**



➤ mehr als 250 Mio. € Investitionen jährlich

- Gesamtinvestitionen 2011:
277,9 Mio. €
- Trinkwasser 97,0 Mio. €
- Abwasser 180,9 Mio. €
- Schwerpunkte:
- Kanalsanierung
- Erschließung von
Altsiedlungsgebieten



30.03.2012 Frank Bruckmann

7

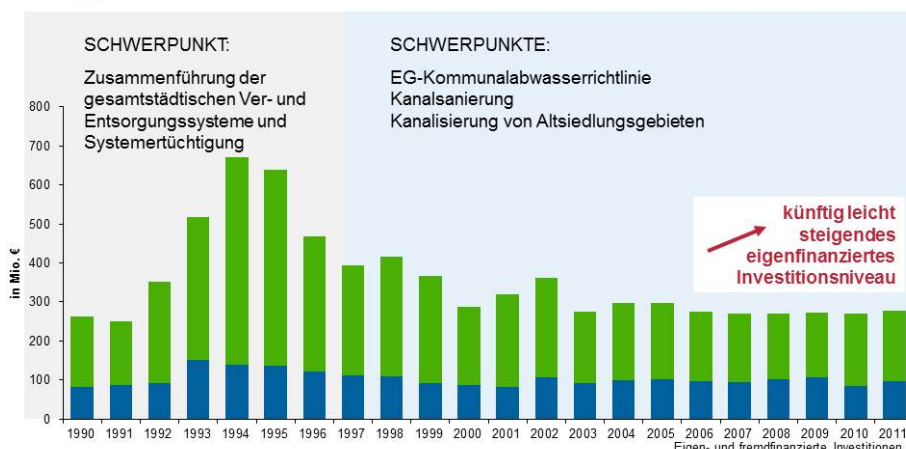
um Ihnen einen Einblick zu geben, was wir investieren. Wir investieren jährlich mehr als 250 Millionen Euro. Wir sehen gleich noch den Zeitablauf. In 2011 waren das 277,9 Millionen Euro – genauer gesagt –, davon 97 Millionen Euro in Trinkwasser und 180,9 Millionen Euro in Abwasser. Die Schwerpunkte waren die Kanalsanierung und die Erschließung der restlichen Altsiedlungsgebiete. Rechts im Tortendiagramm sieht man genau, wohin es ging: knapp die Hälfte in das Kanalnetz – Druckrohr und Kanäle –, 14 Prozent in Klär- und Pumpwerke, 9 Prozent Sonstiges, Wasserwerke und Wasserpumpwerke 9 Prozent und 20 Prozent in das Rohrnetz. Das ist Wasser, Kanalnetz ist Abwasser. Das ist auch so eingefärbt. Das heißt, Wasser ist bei uns in aller Regel blau und Abwasser grün eingefärbt. Das sind auch die Farben der Berliner Wasserbetriebe.

Jetzt zeige ich Ihnen den Zeitablauf.

**2 ... Auswirkungen auf die BWB
→ Investitionen**



➤ 7,8 Mrd. € seit 1990

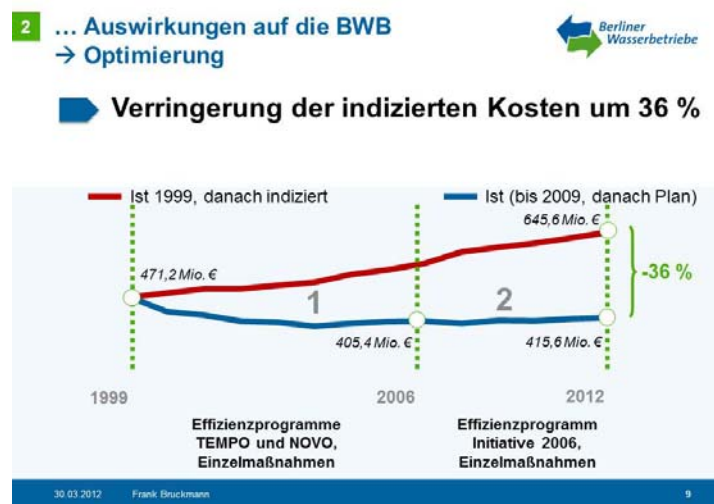


30.03.2012 Frank Bruckmann

8

Wir haben hier von 1990 bis 2011 aufgeführt, wie die Investitionen waren. Blau ist, wie gerade gesagt, Wasser, und grün ist der Abwasserbereich. Wir müssen uns zwei Abschnitte anschauen, einmal bis 1997 und nach 1997. Bis 1997 lag der Schwerpunkt in der Zusammenführung der Ver- und Entsorgungssysteme West und Ost und Ertüchtigung des Kanalnetzes im Osten und der Klärwerke. In der zweiten Hälfte, ab 1997, 1998 haben wir die EG-Kommunalabwasserrichtlinie zu beachten. Wir haben viel Kanalsanierung, und Altsiedlungsgebiete, hatte ich eben erwähnt. Sie sehen: Das Niveau ist über die Zeit von 1999, 2000 zwischen 250 Millionen und 300 Millionen Euro gleichbleibend. Wir werden zukünftig aber aufgrund der verschärften Vorschriften ein steigendes Investitionsniveau haben. Das wird also nicht so flach bleiben, sondern wir werden dort aufgrund der gesetzlichen Vorschriften mehr investieren.

Dritter Punkt zur BWB ist die Optimierung.



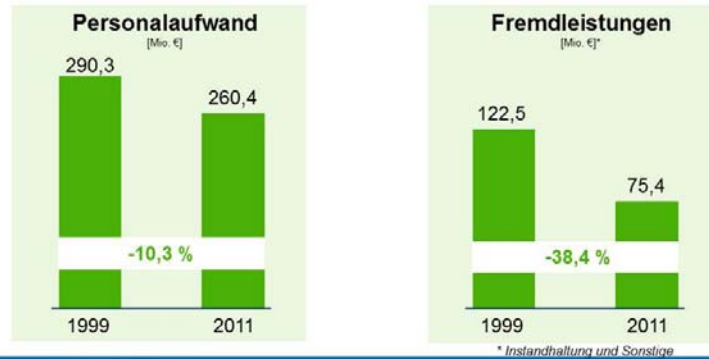
Wir haben hier mal was probiert, 1999 aufgeführt und die Kosten 1999, nämlich 471,2 Millionen Euro inflationiert. Wenn man das so stur inflationieren würde, hätten wir 2012 Kosten von 645,6 Millionen Euro. Tatsächlich – das ist die blaue Linie – sind unsere Kosten bzw. die wir in 2012 erwarten – wir sind ja mitten in 2012 – statt 645 Millionen Euro nur 415 Millionen Euro. Das ist von oben gerechnet eine Verbesserung um minus 36 Prozent. Wie haben wir das geschafft? – Wir haben immer – natürlich in verschiedenen Abschnitten – Effizienzprogramme durchgeführt. Das war einmal TEMPO auf der Sachkostenebene, NOVO – das waren Prozesskosten –, und wir haben 2006 die „Initiative 2006“ gestartet, um gemeinsam mit unseren Mitarbeitern, aber auch mit den Arbeitnehmervertretungen weiter die Wasserbetriebe in allen Bereichen, nicht nur im Betriebe-, sondern auch im Verwaltungsbereich, zu optimieren.

Jetzt gehe ich eine Ebene tiefer. Sie haben eben die Gesamtkosten gesehen.

2 ... Auswirkungen auf die BWB
→ Optimierung



Deutliche Senkung von Personalaufwand und Fremdleistungen



30.03.2012 Frank Bruckmann

10

Wir haben hier mal zwei Positionen herausgehoben. Das sind der Personalaufwand und die Fremdleistungen. Da kann man sehen: Zwischen 1999 und 2011 – da haben wir die Ist-Zahl genommen – sind wir 10 Prozent geringer im Personalaufwand trotz Lohnkostensteigerung, also von 290 Millionen auf rund 260 Millionen Euro abgesenkt. Die Fremdleistungen konnten wir sogar um 38 Prozent senken, also Instandhaltungen und Sonstige von 122 Millionen auf 75,4 Millionen Euro.

Letzte Folie dazu, noch mal eine Ebene tiefer geschaut.

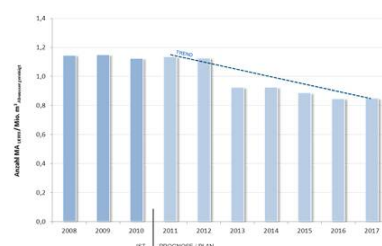
2 ... Auswirkungen auf die BWB
→ Optimierung



Anzahl der Mitarbeiter sinkt durch Automatisierung und neue Schichtmodelle

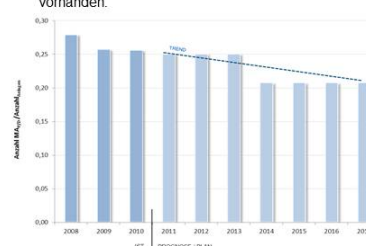
Mitarbeiter - Klärwerke

In den Jahren von 1998 bis 2006 konnte die Stellenzahl im Klärwerkbereich um 34 % auf 270 gesenkt werden.



Mitarbeiter - betreute Anlagen

Für die Betreuung aller Pumpwerke, Druckentwässerungssysteme und technische Anlagen in der Regenentwässerung sind aktuell 90 Stellen vorhanden.



30.03.2012 Frank Bruckmann

11

Auf der linken Seite haben wir die Mitarbeiter Klärwerke und die Mitarbeiter Pumpwerke, also betreute Anlagen. Hier kann man sehen: Von 2008 bis 2010 ist es relativ konstant. Es hat davor aber eine deutliche Senkung gegeben. Wir planen bis 2017 eine weitere Absenkung. Ich habe eben LKW genannt, also Leitklärwerke als Begriff. Ab 2011, 2012 beginnt das Projekt „Leitklärwerke 2“, also die nächste Stufe dieser Leitklärwerksoptimierung. Wir versprechen uns davon, dort weiter effizienter zu werden.

Rechts haben wir die Betreuung der Pumpwerke. Aktuell sind das 90 Stellen. Insgesamt können wir durch diese Automatisierung deutlich effizienter werden und sind schon deutlich effizienter geworden. Wir haben hier zusätzlich aufgeführt, wie wir uns die Zukunft vorstellen, dass wir nicht bei dem Erreichten stehen bleiben, sondern kontinuierlich, wie auch in der Vergangenheit, weiterarbeiten.

Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger.

3 ... Auswirkungen auf die BürgerInnen
→ Übersicht

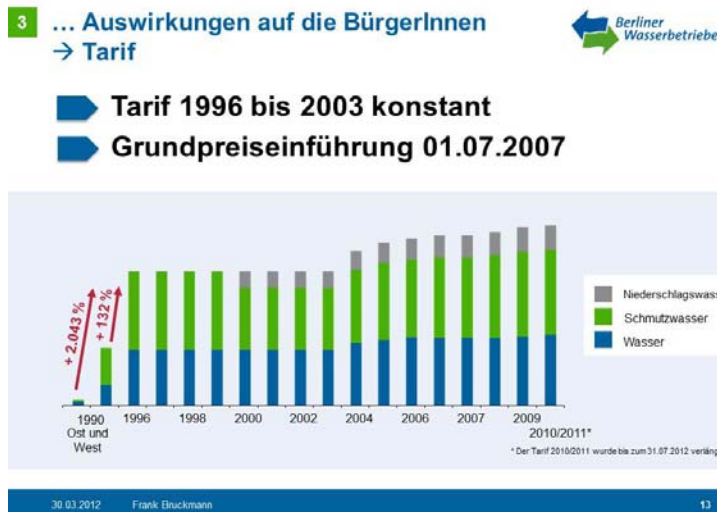
Berliner Wasserbetriebe

- Tarif
- Umwelt
- Qualität
- Kunde
- Beschäftigungssicherung

30.03.2012 Frank Bruckmann 12

Bitte erlauben Sie uns, dass wir diese Abkürzung „BürgerInnen“ genommen haben, sonst hätte es die Überschrift gesprengt. Dort haben wir uns fünf Punkte herausgesucht: Tarif – den kann man nicht beiseite nehmen –, wir haben die Umwelt, aber auch Qualität, Kunde und Beschäftigungssicherung für Berliner und Brandenburger Unternehmen.

Wie hat sich der Tarif entwickelt?

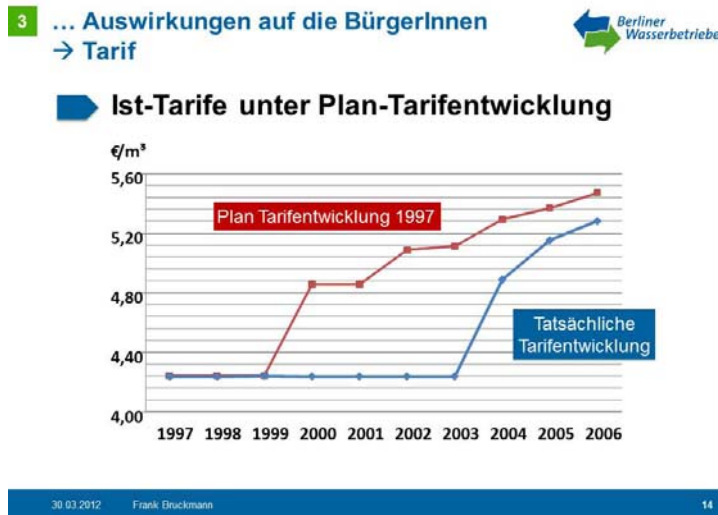


Sie sehen links 1990 bis 1996, da war die Annäherung des Ostpreises an den Westpreis. Es war ja relativ günstig. Ich weiß gar nicht, was der Kubikmeter 1990 in Ostpfennig gekostet hat. Das ist die Anhebung auf das Westniveau.

Dann ist der Tarif von 1996 bis 2003 konstant geblieben, und ab 2004 haben wir den Preis genommen, den wir nehmen mussten, ohne den Tarifdeckel zu haben. Das heißt, wir haben bis 2003 nicht alle Kosten verdient. Deswegen sehen Sie den Sprung von 2003 auf 2004, und

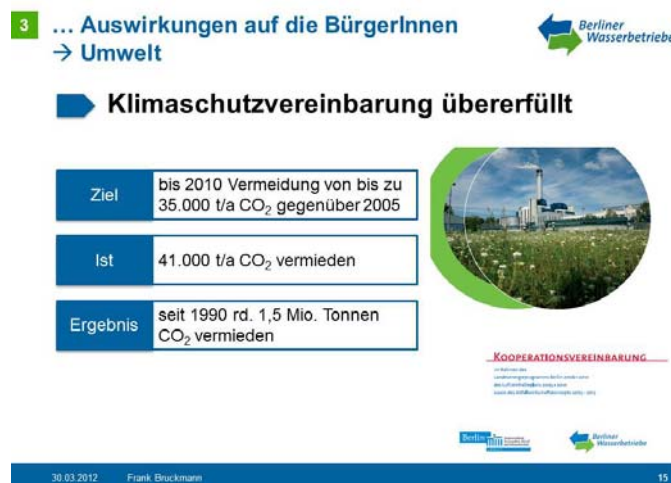
danach ist es eine moderate Entwicklung, die sich mehr oder weniger im Rahmen der Inflationsrate bewegt. Zusätzlich noch zur Information: Am 1. Juli 2007 haben wir einen zählerorientierten Grundpreis eingeführt.

Ich darf mir erlauben, noch eine andere Darstellung zum Tarif beizufügen, weil der Titel heißt: Was ist seit 1999 passiert?



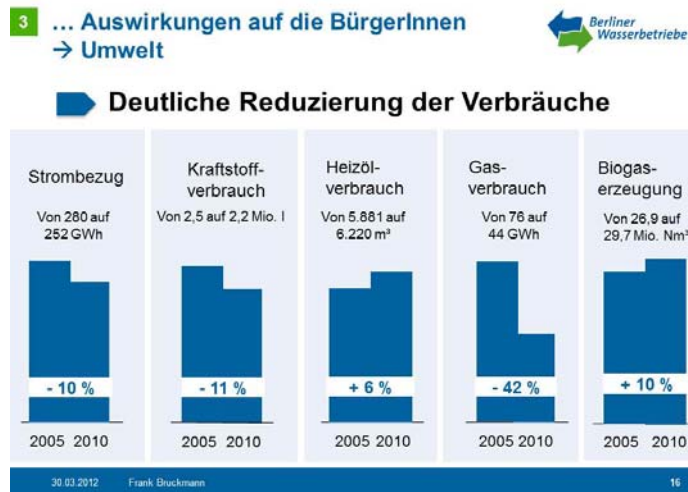
Es ist immer ein bisschen schwierig, Vorher und Nachher darzustellen. Hier haben wir einen Plan der Wasserbetriebe, wie er vor 1999 aussah, wie sich die Tarife entwickeln. Das ist die rote Kurve. Die blaue Kurve ist die tatsächliche Tarifentwicklung. Sie sehen: Mit einem Tarifdeckel bleibt man darunter. Aber auch nach dem Tarifdeckel, also ab 2004, ist die tatsächliche Tarifentwicklung geringer als das, was man vor 1999 für diesen Zeitraum geplant hatte.

Umwelt:



Wir haben mit dem Land Berlin eine Klimaschutzvereinbarung unterschrieben, die vorsah, bis 2010 gegenüber 2005 35 000 Tonnen CO₂ pro Jahr zu verringern. Im Ist haben wir 41 000 Tonnen geschafft, das heißt, wir haben das Ziel erreicht und sogar übererfüllt. Seit 1990 sind insgesamt 1,5 Millionen Tonnen CO₂ vermieden worden. Das ist nur eine Zusatzinformation.

Weiter zum Thema Umwelt.



Wir haben als weiteres Beispiel mal die Verbräuche aufgeführt, nämlich Strom, Kraftstrom, Heizöl, Gas und wie viel Biogas wir erzeugt haben. Sie sehen, dass der Strombezug um 10 Prozent deutlich nach unten gegangen ist. Das heißt nicht, dass die Stromkosten um so viel gesunken sind – weil sich die Preise deutlich erhöht haben –, aber die Einsatzmenge hat sich verringert. Das Gleiche gilt für den Kraftstrom. Heizöl ist nach oben gegangen. Warum? – Die Erklärung ist ganz einfach: Wir haben mehr Klärschlamm in unserer eigenen Anlage in Ruhleben verbrannt. Um diesen zu verbrennen, brauchen wir Heizöl als Stützfeuer. Gas ist um 42 Prozent nach unten gegangen, und rechts – erfreulich –: Die Biogaserzeugung ist um Zeitraum von 2005 bis 2010 um 10 Prozent gestiegen.

Wir versuchen auch, die anderen erneuerbaren Energien einzusetzen.

**3 ... Auswirkungen auf die BürgerInnen
→ Umwelt** Berliner Wasserbetriebe

Energie vor Ort umweltfreundlich und kostengünstig erzeugt

- Biogasgewinnung aus Klärschlamm
- Zwei Fotovoltaikanlagen
- Versuchsanlage zur Co-Vergärung von Fetten
- Pilotprojekte zur Nutzung von Wärme aus Abwasser
- Windenergieanlage
- Elektromobilität: Test eines E-Smarts über vier Jahre

30.03.2012 Frank Bruckmann 17

Biogas habe ich gerade genannt. Wir haben zwei Fotovoltaikanlagen. Die sind in Tegel aufgebaut. Wir haben eine Versuchsanlage zur CO₂-Vergärung von Fetten, Pilotprojekte zur Nutzung von Wärme aus Abwasser. Das in Lichtenberg gebaute neue Ikea-Haus wird vollständig durch Wärme aus Abwasser beheizt bzw. im Sommer gekühlt. Wir sind gerade dabei,

mit den Berliner Bäder-Betrieben einen Piloten in einer Schwimmhalle durchzuführen, wo das Wasser der Schwimmhalle mit Wärme aus Abwasser beheizt werden soll.

Windenergieanlage: Wir haben die Genehmigung und werden dieses Jahr drei Windräder in unserem Klärwerk in Schönerlinde bauen. Wir führen einen Test mit einem Elektro-Smart für unsere Zählerableser durch, wie das in der Praxis funktioniert.

3 ... Auswirkungen auf die BürgerInnen
→ Kunde

Berliner Wasserbetriebe

Vielseitiger Kundenservice

- Konzept zu **Serviceversprechen** wurde erarbeitet: in 2012 werden 4 Serviceversprechen eingeführt
- **Online-Service** bietet die Möglichkeit, Stamm- oder Bankdatenänderungen durchzuführen sowie auch die aktuellen und historisierten Rechnungen online anzeigen zu lassen
- Quartalsweiser **Bericht zur Servicequalität**
- **Hausanschlussprozess** wird weiter optimiert
- „Reiseführer Kundenland“ gibt Tipps für Mitarbeiter mit direktem Kundenkontakt



30.03.2012 Frank Bruckmann 18

Thema Kunde: Wir haben auch für den Kunden, denken wir, viel gemacht. Wir haben in diesem Jahr ein Serviceversprechen eingeführt, das sich in erster Linie auf das Thema Pünktlichkeit richtet. Das heißt, wenn wir versprechen, innerhalb eines bestimmten Zeitraums zu Ihnen, zum Kunden zu kommen, um Zähler zu wechseln oder abzulesen oder sonstige Arbeiten durchzuführen, haben wir einen engen Zeitraum, in dem wir tatsächlich vor Ort sind. Wir gehen nicht so vor und sagen: Wir kommen morgen –, und dann kann der Kunde den ganzen Tag warten, wann kommt er denn, vormittags, nachmittags oder am späten Nachmittag? –, sondern wir haben ein sehr enges Zeitfenster.

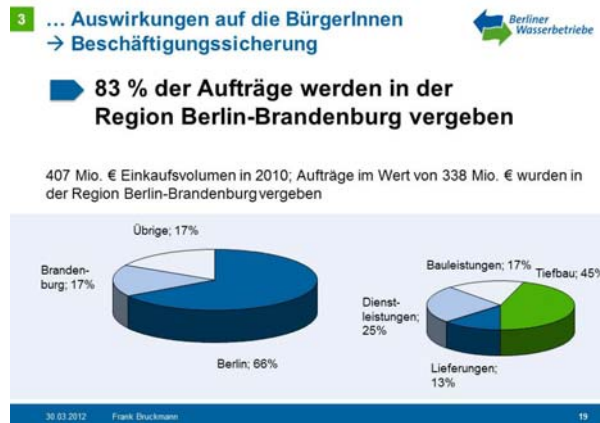
Sie können natürlich auch bei uns online Ihre Bankdaten, Stammdaten ändern. Sie können auch Ihre Zählerstände online eingeben.

Wir haben intern einen Bericht zur Servicequalität aufgelegt, um zu monitoren: Was passiert denn da? Greifen denn die ganzen Maßnahmen? Wir sind dabei, den Hausanschlussprozess weiter zu optimieren, und haben – damit die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen nicht allein dastehen – auch Informationen und Tipps gegeben. Das ist dieser „Reiseführer Kundenland“, damit die Mitarbeiter entsprechend mit unseren Kunden umgehen. – [Zuruf eines Zuhörers] –

Vorsitzender Claudio Jupe: Ich bitte darum, von Beifalls- und Missfallenskundgebungen Abstand zu nehmen – ich habe es schon mal gesagt –, sonst muss ich in die Geschäftsordnung gucken, was ich ansonsten noch für Maßnahmen veranlassen kann. Also bitte, halten Sie sich daran!

Frank Bruckmann (Berliner Wasserbetriebe): Ich bin dann auch so weit durch. Zum Thema Verträge und Vertragsanpassung ist der Vorstand der Berliner Wasserbetriebe sicherlich nicht der richtige Ansprechpartner.

Letzter Punkt: Beschäftigungssicherung.



Der eine oder andere von Ihnen weiß das. Wir haben 2010 407 Millionen Euro vergeben – das sind nicht nur Investitionen, das sind auch andere Fremdleistungen –, davon 83 Prozent in der Region Berlin-Brandenburg. Das heißt, 66 Prozent davon sind hier in Berlin geblieben. Das sind dann auch Arbeitsplätze für Berliner Unternehmen und für Berlinerinnen und Berliner. Rechts noch mal im Tortendiagramm aufgeteilt: 45 Prozent sind Tiefbau, 25 Prozent Dienstleistungen, 13 Prozent Lieferungen und 17 Prozent Bauleistungen.

Das wäre das, was wir von den Berliner Wasserbetrieben zu den Auswirkungen der Teilprivatisierung auf diese drei von Ihnen vorgegebenen Punkte sagen können. – Vielen Dank!

Vorsitzender Claudio Jupe: Wir danken Ihnen, Herr Bruckmann, für Ihre Ausführungen! Ich frage die Beteiligten im Ausschuss, ob zu diesem Fragenkatalog Nachfragen gestellt werden. – Frau Kosche! Sie hatten sich dazu gemeldet. – Bitte!

Heidi Kosche (GRÜNE): Danke, Herr Vorsitzender! – Danke für Ihre Präsentation, Herr Bruckmann! Sie haben recht: Der politische Ansprechpartner ist der Senat, und zwar in der Besetzung, wie wir ihn zu den Themen vorfinden. Trotzdem ist es für uns schwierig, jetzt zu diskutieren, was Sie vorgetragen haben, weil uns das nicht vorliegt und wir zum Teil auf anderer Basis bestimmte Dinge entwickelt haben. Herr Vorsitzender! Deswegen würde ich gern fragen, wie wir jetzt vorgehen. Arbeiten wir jetzt die Fragen ab, wie wir sie eingereicht haben, also nach Zeitpunkt der Einreichung, oder fragen wir noch mal grundsätzlich nach?

Herr Bruckmann! Ich hätte bestimmte Dinge, die ich nachfragen könnte, die in Ihrer Präsentation nicht aufgetaucht sind, die sich durch die vielen Kleinen Anfragen zu bestimmten Daten ergeben haben, z. B. zum betriebsnotwendigen Kapital, zur verkauften Wassermenge usw. Da gibt es eine Menge Dinge, die sich durch die verschiedenen Kleinen Anfragen und Veröffentlichungen ziehen, die wir von den Berliner Wasserbetrieben haben. Wir könnten jetzt nachfragen: Welche Zahl stimmt denn da? – So könnten wir jetzt vorgehen, aber meine Frage ist: Wie gehen wir vor? Arbeiten wir nach Eingang der Fragen ab? Manchmal taucht auch die Frage auf, ob wir ein normaler Ausschuss sind. Bei normalen Ausschüssen ist es so, dass wir Anhörungen haben und die Bewertung in der nächsten Sitzung machen. Das ist alles noch ein bisschen unklar, und deswegen würde ich das gern wissen. Unabhängig davon würde ich auch sonst noch ein paar Nachfragen stellen. Mir fällt das jetzt sehr schwer, denn ich habe diese Präsentation nicht, auch nicht die Zahlen und kann mich deswegen nicht auf bestimmte Dinge beziehen. Ich kann sie auch nicht in meine Zahlen umrubeln, weil mir das schwer fällt, wenn sie mir nicht vorliegen.

Vorsitzender Claudio Jupe: Ich hatte ja zu dem Punkt Anhörung aufgerufen, und zwar Nachfragen. Ich möchte eigentlich so vorgehen, dass ich zunächst zu den Anfragen, die die Koalitionsfraktionen gestellt haben, Nachfragen erbitten möchte. Das heißt, zu der Gesamthematik, wie sie in dem Tagesordnungspunkt angegeben ist, gibt es die Möglichkeit zur Nachfrage. Dann werden wir die Antworten aufnehmen und über Weiteres reden können. Danach würde ich weitere Fragenblöcke aufrufen und wie wir damit verfahren. Also zunächst zu dem, was die Koalitionsfraktionen hier eingebracht und gefragt haben. – Gibt es dazu Fragen? – Herr Karsten, bitte!

Nikolaus Karsten (SPD): Wir haben hier Papiere ausgereicht bekommen, in denen auch Zahlen stehen. Mir ist es jetzt wichtig, weil Sie jetzt den Raum genutzt haben, das Unternehmen ein bisschen darzustellen: Wir sind vor allem an den wirtschaftlichen zusammenhängenden Zahlen interessiert. Natürlich gehört auch die Qualität der Leistungsbereitstellung dazu. Das ist völlig klar. Ich glaube, es ist niemand hier im Saal, der sagt, dass die Berliner Wasserbetriebe ein schlechtes Unternehmen wären. Es geht einzig und allein um diese wirtschaftliche Beurteilung: Wie viele Gewinne kommen dabei heraus? Ist es überhaupt gerechtfertigt, dass dabei Gewinne herauskommen? Ist es gerechtfertigt, dass diese dann aus der Stadt Berlin abfließen in andere Taschen hinein? Das ist unserem Fragenkatalog zu entnehmen. Meine Nachfrage bezieht sich noch auf die Entwicklung der Gewinne.

Vorsitzender Claudio Jupe: Herr Bruckmann, bitte schön!

Frank Bruckmann (Berliner Wasserbetriebe): Ich schaue gerade im Fragenkatalog nach: Es wurde gar keine Antwort auf eine Frage nach Gewinnen gegeben, sondern hier steht etwas vom Umsatz. Ist das eine Zusatzfrage? – [Nikolaus Karsten (SPD): Ja!] –

Vorsitzender Claudio Jupe: Ich bitte um Wortmeldungen! – Frau Kosche, bitte sehr!

Heidi Kosche (GRÜNE): Vielleicht kann ich an der Stelle aushelfen. Wir rechnen in meiner Fraktion grundsätzlich mit Gewinnen von im Schnitt 260 Millionen Euro. Da ist in einem Jahr mal weniger, im anderen mal mehr, aber wenn man sich die Gewinne anguckt, sie addiert und durch die Summe teilt, dann kommen ungefähr Gewinne von 260 Millionen Euro heraus. Dann rechnen wir: Ungefähr die Hälfte für das Land, die Hälfte für beide Privaten und bedenken bei dieser Überschlagsrechnung diese disproportionale Gewinnverteilung erst mal nicht, die quasi an dieser Stelle aufgerufen werden muss. Das ist eine Hausnummer, mit der man politisch arbeiten kann – wenn ich Ihnen da aushelfen darf.

Vorsitzender Claudio Jupe: Bitte sehr!

Frank Bruckmann (Berliner Wasserbetriebe): Ich würde widersprechen und nehme mal die Zahl von 2011, Frau Kosche – 2011 ist der letzte Abschluss, die Gewährträgersammlung hat letzte Woche getagt –, und da sind 108 Millionen Euro Gewinnabführung an den Haushalt des Landes Berlin und 124 Millionen Euro Abführung an RWE und Veolia. Das sind 232 Millionen Euro, also etwas weniger. Ich kann Ihnen auch sagen, wie sich die Gewinne entwickeln – vielen Dank, dass Sie mir Zeit zum Nachblättern gegeben haben, Frau Kosche –: Die Gewinne sind im Wesentlichen durch das betriebsnotwendige Kapital und durch die Entwicklung des Zinssatzes beeinflusst. Das betriebsnotwendige Kapital wird sich auf einem Niveau von rund 4 Milliarden Euro einpendeln. Der Durchschnittszinssatz der Renditen, der bisher vorgesehen ist, wird in den nächsten Jahren nach unten gehen, weil das Zinsniveau am kurzen Ende niedrig ist, am langen Ende etwas höher und sich weiter nach unten entwickelt. Insofern werden die Gewinne tendenziell nach unten gehen und nicht nach oben.

Vorsitzender Claudio Jupe: Darf ich fragen, was dort verteilt wird? – [Zuruf einer Zuhörerin: Da verteile ich was vom Wassertisch!] – Unterlassen Sie das bitte! Wenn, dann müssten Sie sich bei mir melden und fragen. Wir haben uns aber schon geeinigt: Wenn Papiere verteilt werden, soll das über die Fraktionen geschehen. Bitte setzen Sie sich entsprechend mit denen in Verbindung und unterlassen es in der Form, wie Sie es hier tun! – Herr Dr. Lederer, bitte schön!

Dr. Klaus Lederer (LINKE): Ich wollte noch mal nachfragen – ich habe auch eine etwas längere Liste –: Reden wir jetzt über die Koalitionsliste? Herr Bruckmann kann jetzt nicht alle Fragen beantworten, die dort aufgeworfen worden sind. Zum Teil überschneiden sich die Dinge. Mir ist jetzt einfach die Struktur des Vorgehens noch nicht ganz klar. Es wäre hilfreich zu erfahren, wann was, sonst endet es im Chaos wie regelmäßig in den letzten Ausschusssitzungen. Deswegen wollte ich einfach mal fragen: Wie wird es hier weitergehen? In welcher Reihenfolge gehen wir vor? Werden die anderen Fragen auch noch aufgerufen? Ein paar der Fragen, die jetzt hier über den Tisch verhandelt werden, stehen klipp und klar in meinem Fragenkatalog. Es wäre gut, wenn man es zur Bewertung, zum Überblick und dergleichen nicht nur mündlich alles in sich reinstopfen müsste, sondern wir eine Form finden, dass wir es in einer Weise ausgewertet bekommen, dass man substanziell darüber reden kann.

Ich erinnere daran: Die Koalition hat den Tagesordnungspunkt recht kurzfristig auf die Tagesordnung gesetzt. Das hat alle, inklusive diejenigen, denen wir die Fragen übermittelt ha-

ben, in einen ultimativen Stress versetzt. Wir machen es nicht dadurch besser, dass wir ein bisschen hemdsärmelig das alles locker verhandeln. Wie gesagt: Ich glaube nicht, dass die Fragen, die ich in Bezug auf die wirtschaftliche Situation von Berlinerinnen und Berlinern, Wasserbetrieben, dem Land usw. alle für sehr brennend halte, dann auch adäquat und vernünftig beantwortet sind. Man kann über all diese Fakten reden, und wir müssen uns nicht gegenseitig auf Zuruf zusätzlich mit Zusatzfragen und Zusatzfragen behängen.

Vorsitzender Claudio Jupe: Gut! Herr Dr. Lederer, haben Sie denn einen konkreten Verfahrensvorschlag? Ich hatte schon erläutert, wie ich die Dinge sehe. Ich sehe hier einen Fragenkatalog, der von unserem Anzuhörenden, Herrn Bruckmann, zum Teil schriftlich beantwortet worden ist und teilweise noch mal mündlich erläutert wurde. So habe ich das jetzt verstanden. Dann habe ich den antragstellenden Fraktionen, die dieses geklärt haben wollten, die Möglichkeit gegeben, dazu Nachfragen zu stellen. Bei diesem Abschnitt sind wir, bei keinem anderen. Wenn es keine weiteren Fragen dazu gibt, dann gehen wir zum nächsten Abschnitt über. So ist jedenfalls das Verfahren, das ich bisher eingeleitet hatte. – Herr Karsten, bitte sehr!

Nikolaus Karsten (SPD): Sind wir jetzt im nächsten Abschnitt, oder gibt es weitere Fragen zur Klärung? Das ist jetzt eine Möglichkeit, Herrn Bruckmann direkt zu fragen, ob es über die bereits beantworteten Fragen hinaus weitere gibt. Ich finde es nicht schlimm, wenn das erst mal mündlich passiert. Wenn es brennende Fragen gibt, die noch zu klären sind, dann finde ich es spannend.

Vorsitzender Claudio Jupe: Frau Kosche, bitte sehr!

Heidi Kosche (GRÜNE): Wenn ich das jetzt alles richtig verstanden habe, sind wir in dem ersten Abschnitt, in dem es um Ihre Fragen geht. Wenn ich mir die neun Fragen angucken, ist ein Teil davon beantwortet. Allein wenn ich auf die 9. Frage gucke, ist nichts von Ihren Fragen beantwortet. Wenn Sie die nicht mehr beantwortet haben wollen, ist es gut. Dann brauchen Sie es nur zu sagen. Dann können wir auch so verfahren.

Herr Bruckmann! Ich hätte jetzt aber in diesem Zusammenhang die Frage: Ich habe eine Kleine Anfrage zur Entwicklung des betriebsnotwendigen Kapitals gestellt und dazu Zahlen von 2004 bis 2011 bekommen. Heute habe von Ihnen Zahlen bekommen, die von denen abweichen, die ich als Antwort auf meine Kleine Anfrage bekommen habe. Deswegen würde ich gern wissen: Sind Sie ganz sicher, dass die Zahlen, die Sie heute ausgereicht haben, die richtigen sind, oder soll ich Ihnen Gelegenheit geben, das noch mal zu überprüfen? Meine Kleine Anfrage war vom März 2011.

Vorsitzender Claudio Jupe: Herr Bruckmann, bitte!

Frank Bruckmann (Berliner Wasserbetriebe): Ich habe die Kleine Anfrage natürlich jetzt nicht parat. Ich gehe davon aus, dass die Zahlen, die wir geliefert haben, richtig sind. Aber wir können gern noch mal kontrollieren, ob ein Formelfehler darin ist.

Vorsitzender Claudio Jupe: Frau Kosche, bitte sehr!

Heidi Kosche (GRÜNE): Danke, Herr Vorsitzender! Vereinbaren wir jetzt, dass Sie noch mal die Zahlen, die Sie für das betriebsnotwendige Kapital heute geliefert haben, mit denen in der Antwort auf meine Kleine Anfrage Nr. 16/15263 vom 8. März 2011 abgleichen, und Sie sind bitte so nett und sagen mir, welche der Zahlen stimmen. Das machen Sie dann bitte schriftlich. – Schönen Dank, Herr Bruckmann!

Vorsitzender Claudio Jupe: Wobei sich die Kleine Anfrage an den Senat richtet und an niemanden anderes! – Ich wollte noch darauf hinweisen: Wir haben die schriftliche Beantwortung der gestellten Fragen 1 bis 4 mit ausführlichen Hinweisen, und wir haben noch Fragen 5 bis 9. Da verweisen Sie, Herr Bruckmann, auf die Finanzverwaltung. Das, was Sie uns als Antwort gegeben haben, ist im Internet veröffentlicht und auch den Fraktionen zugegangen. Insoweit müssten sich alle im Vollbesitz der erteilten Informationen befinden. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Karsten!

Nikolaus Karsten (SPD): Ich beziehe mich jetzt auf Frage 4. Die Frage lautete:

Wie berechnet sich das betriebsnotwendige Kapital, und wie hat es sich seit Beginn der Teilprivatisierung und seit Änderung der Abschreibungsmethode entwickelt?

Die Zahlen – das hat Frau Kosche schon gesagt – haben wir in Summe vorliegen, und wir haben jetzt in der Antwort eine Aufstellung einzelner Positionen vorliegen. Da heißt es Anlagevermögen und Umlaufvermögen. Das sind alles abstrakte wirtschaftliche Begriffe, und da würde mich interessieren, Herr Bruckmann, ob Sie uns ein paar dieser abstrakten Begriffe inhaltlich füllen können. Ich beziehe mich hierbei auf diese dunkel hinterlegte Aufstellung. Was wäre zum Beispiel unter „immaterielle Vermögensgegenstände“ zu verstehen? Was ist bezogen auf die Berliner Wasserbetriebe darunter zu verstehen? Was sind die immateriellen Vermögensbestände?

Vorsitzender Claudio Jupe: Herr Bruckmann!

Frank Bruckmann (Berliner Wasserbetriebe): Hauptposition des betriebsnotwendigen Kapitals, das sich aus dem betriebsnotwendigen Vermögen – das sind die oberen Kästchen – minus dem Abzugskapital – also das, was nicht verzinst wird – zusammensetzt, ist das Anlagevermögen. Beim Anlagevermögen ist die Hauptposition Sachanlagevermögen. Ich glaube, das ist klar. Das sind unsere Klärwerke, das sind die Wasserwerke, die Pumpwerke, das ist das Kanalnetz, mit dem wir das Abwasser reinigen, und auch das Rohrnetz. Die immateriellen Vermögensgegenstände sind die Software, die wir zum Teil noch brauchen, die wir dazu gekauft haben und seit BilMoG – Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz – selbst entwickeln und auch aktivieren dürfen. Das ist die Software für die Computer, für die Laptops. Das steckt hinter den immateriellen Vermögensgegenständen.

Rechts – das kommt noch hinzu – sind die Vorräte. Das ist relativ wenig von den Positionen. Wir haben einen geringen Kassenbestand, wir haben ein ganz geringes Guthaben. Das ist sehr schematisch. Wenn gewünscht, kann man das vielleicht mal für ein Jahr exemplarisch auffüllen, damit man ein Gefühl dafür bekommt, was der Treiber in dem Ganzen ist. So sind das viele Einzelpositionen, und wie gewichtig die sind, ist möglicherweise für Sie, Herrn Karsten, von Interesse. Vielleicht auch für die anderen Ausschussmitglieder, das weiß ich nicht.

Vorsitzender Claudio Jupe: Herr Karsten!

Nikolaus Karsten (SPD): Was ist unter „abzüglich nicht nutzungsfähiger Anlagen“ zu verstehen?

Frank Bruckmann (Berliner Wasserbetriebe): Es gibt Anlagevermögen, das die Berliner Wasserbetriebe haben, das nicht für die Abwasserentsorgung oder Wasserversorgung genutzt wird, sogenanntes nicht betriebsnotwendiges Anlagevermögen. All das, was wir nicht einsetzen, um Wasser zu produzieren oder Abwasser abzuholen, geht nicht in die Kalkulation, also in den Wassertarif, ein. Das sind die nicht nutzungsfähigen Anlagen, die außerhalb des Wasser- und Abwassertarifes stehen.

Anzahlungen, auch als Beispiel: Wenn wir Anlagen im Bau haben, die noch nicht dazu dienen, Wasser zu fördern oder Abwasser zu entsorgen, gehen auch nicht da rein, sondern erst, wenn sie den vollen Nutzen haben, um unsere Produktion aufrechtzuerhalten.

Nikolaus Karsten (SPD): Jetzt komme ich zu dieser Kapitalrücklage aus Zuführung des Landes Berlin. Wie muss ich mir das vorstellen?

Frank Bruckmann (Berliner Wasserbetriebe): Das sind alles unverzinsliche Dinge, die wir damals bekommen haben oder bekommen. Es gibt Zuschüsse zu Projekten. Die werden natürlich abgezogen und dürfen nicht verzinst werden. Wir dürfen nur das verzinsen, wo wir tatsächlich einen Aufwand haben. Deswegen stehen darunter auch die Sonderposten aus Zuschüssen – das sind die Privaten –, so wie – da steht es eigentlich richtiger drin – unverzinsliche sonstige Rückstellungen, erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen und sonstige Unverzinsliche. Unten steht der Block der Unverzinslichen. Wo wir keinen Aufwand haben, dürfen wir es dem Kunden nicht in Rechnung stellen.

Vorsitzender Claudio Jupe: Frau Kosche, bitte schön!

Heidi Kosche (GRÜNE): Danke schön! – Herr Bruckmann! Es ist sicherlich mühselig, Menschen, die mit Bilanzen und Verlust- und Gewinnrechnung wenig zu tun haben, so etwas zu erklären, aber trotzdem ist es wichtig. Ich hätte jetzt gern mal verstanden: Beim Anlagevermögen haben Sie uns gerade erzählt, dass Sie den ganzen Kasten im unteren Bereich gar nicht berechnen, weil er nicht verzinst werden darf, haben aber in dem oberen Kasten, der „Anlagevermögen“ heißt, auch ein Minus enthalten. Für mich als Naturwissenschaftlerin ist das verwirrend. Warum habe ich in dem, was ich eigentlich einsetzen darf, etwas enthalten, das ich abziehen möchte?

Meine eigentliche Frage ist: Sie haben gesagt, dass sich das betriebsnotwendige Kapital sich zukünftig bei 4 Millionen Euro einpendelt. – [Zuruf: Milliarden!] – Entschuldigung! Das ist auch so etwas, wo ich mich als Naturwissenschaftlerin immer sehr zusammenreißen muss. Weil diese Summe auf meinem Bankkonto nie auftaucht, komme ich nicht so richtig damit klar, aber ich gebe mir Mühe. Ich bin auch nicht sauer, wenn ich korrigiert werde. – Ich würde gern bei diesem Posten, der eigentlich angerechnet werden darf, wissen, was mit Waßmannsdorf ist. Wo gehört das rein, und wird das zukünftig bei den 4 Milliarden Euro betriebsnotwendigem Kapital mitgeführt oder nicht?

Vorsitzender Claudio Jupe: Bitte schön, Herr Bruckmann!

Frank Bruckmann (Berliner Wasserbetriebe): Konkret zu der Frage, wo in diesem Bildchen Waßmannsdorf ist: Zurzeit gar nicht. Waßmannsdorf gehört uns nicht. Waßmannsdorf ist ein Fonds, und wir sind dort Betriebsführer. Waßmannsdorf geht über die Betriebsführungskosten bzw. über die Kapital- und Finanzierungskosten in den Abwassertarif ein. Waßmannsdorf wird aber, wenn wir es zurückkaufen – der Fonds hat ein Andienungsrecht und wird zum 31. Dezember 2013 in unser Anlagevermögen übergehen –, in der Position „Sachanlagevermögen“ auftauchen.

Vorsitzender Claudio Jupe: Gibt es weitere Fragen zu diesem Abschnitt? – Herr Karsten!

Nikolaus Karsten (SPD): Hier steht:

Die Fragen 5 bis 9 werden in Zusammenarbeit mit der Senatsfinanzverwaltung erarbeitet.

Weil die Fragen sehr kurzfristig auf den Tisch gekommen sind: Kann die Finanzverwaltung dazu schon etwas sagen, oder müssen wir noch ein bisschen Geduld haben?

Vorsitzender Claudio Jupe: Frau Dr. Sudhof, bitte schön!

Staatssekretärin Dr. Margaretha Sudhof (SenFin): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Dr. Lederer! Das mit dem maximalen Stress war sehr fürsorglich formuliert. So ist es. Ich habe mir Gedanken gemacht und zwischen gestern und heute ein paar Antworten vorbereitet. Ich bitte um Verständnis. Frau Kosche, ich bin Juristin und bin in den Zahlen auch nicht so zu Hause, und dieser Fehler mit Millionen und Milliarden passiert mir auch dauernd. Ich habe schon hochwohlmögende Leute gesehen, denen der passiert ist. Insofern bitte ich um Nachsicht, aber ich würde mein Bestes tun, wenn es im Sinne des Ausschusses wäre.

Vorsitzender Claudio Jupe: Würden Sie noch einige Ausführungen anschließen in dem Sinne, wie Sie es eben formuliert haben?

Staatssekretärin Dr. Margaretha Sudhof (SenFin): Ich beginne mit Frage 5 der Koalition, die sich teilweise mit anderen Fragen deckt. Deswegen lese ich die Frage mal vor. Dann fühlen sich vielleicht auch andere mit dem Inhalt der Frage zu Hause. Die Frage 5 lautet:

Wie haben sich die Zinsen des betriebsnotwendigen Kapitals seit Beginn der Teilprivatisierung entwickelt, und von welchem Szenario geht der Senat bis 2028 aus?

Wenn ich das richtig verstanden habe, deckt sich das mit Ihrer bereits schriftlich gestellten und auch beantworteten Frage, Frau Kosche, die Sie vorhin erwähnten, wenn ich das richtig mitbekommen habe.

Vorab: Mit Zinsen in diesem Sinne sind diese Verordnungszinssätze nach § 16 Abs. 5 Satz 1 und Abs. 8 des Berliner Betriebegesetzes gemeint. Ich lese es jetzt vor. Das Jahr 2004 hatte den Verordnungszinssatz 6 Prozent. Das Jahr 2005 hatte den Verordnungszinssatz 6,5 Prozent. Das Jahr 2006 hatte den Verordnungszinssatz 6,9 Prozent. 2007 7,3 Prozent,

2008 7,77 Prozent, 2009 7,69 Prozent, 2010 7,58 Prozent, 2011 7,10 Prozent. Für 2012 kann ich sagen: Der Zins ist noch nicht festgelegt. Ich gebe mal als Wasserstandsmeldung 6,9 Prozent an. Das heißt, es geht wieder nach unten. Weiteres kann ich im Moment nicht einschätzen. Ich weiß nicht, wie sich die Zinsentwicklung im Zeitraum bis zum Jahr 2028 darstellen wird. Die Finanzverwaltung kann viel leisten, aber Kristallkugeln hat sie leider nicht.

Vorsitzender Claudio Jupe: Danke sehr! – Herr Karsten, bitte!

Nikolaus Karsten (SPD): Ich habe eine Nachfrage. Ich habe zumindest zur Kenntnis genommen, dass es nicht nur hoch geht, sondern dass es auch eine leichte Tendenz nach unten gibt, was mich erst mal erfreut. Was die Zukunft betrifft: Wenn ich das richtig verstanden habe – ich habe mir das etwas genauer durchgelesen –, geht es zwar nicht beim Verordnungszinssatz, aber zumindest beim vertraglichen Zinssatz auch darum – das ist jetzt eher als Frage formuliert –, dass hier ein zwanzigjähriger Durchschnitt gebildet wird, und zwar Durchschnitt der Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren. Ist das richtig?

Staatssekretärin Dr. Margaretha Sudhof (SenFin): Das ist die Frage 6, die ich noch mal vorlese. Sie lautet:

Wie berechnet sich die „durchschnittliche“ Rendite und wie hoch ist die durchschnittliche Rendite zehnjähriger deutscher Bundesanleihen in einem Zeitraum von 20 Jahren plus 2 Prozent im Zeitraum von 1999 bis 2028?

Richtig? – [Nikolaus Karsten (SPD): Richtig!] – Die Renditeentwicklung von Bundesanleihen in die Zukunft vorauszusagen, ist mir auch nicht möglich. Für die Vergangenheit kann ich sagen, dass wir jetzt Zahlen aus dem Internet genommen haben, und zwar gibt es auf der Seite von „Reuters“ ein sogenanntes tägliches Fixing. Das lautet für 1999 4,51 Prozent plus 2 Prozent sind logischerweise 6,51 Prozent. 2000 5,26 Prozent plus 2 Prozent sind 7,26 Prozent. Ich lese jetzt nur noch die Prozentwerte vor, weil klar ist, dass immer die 2 Prozent dazu kommen. 2001 4,82 Prozent, 2002 4,79 Prozent, 2003 4,10 Prozent, 2004 4,06 Prozent, 2005 3,38 Prozent, 2006 3,78 Prozent, 2007 4,23 Prozent, 2008 4,01 Prozent, 2009 3,27 Prozent, 2010 2,77 Prozent, 2011 2,65 Prozent, und im laufenden Jahr 2012 gibt es nur Zahlen bis zum 27. Februar, das sind 1,89 Prozent. Hier sind jeweils 2 Prozent drauf. Man sieht: Es hat sich nach unten entwickelt, und zwar in einer Form, die historisch in der überschaubaren Vergangenheit relativ einzigartig ist.

Vorsitzender Claudio Jupe: Vielen Dank! – Herr Karsten, bitte!

Nikolaus Karsten (SPD): Sie haben die entsprechend ausgewiesene Rendite, die in diesem Jahr jeweils gültig war, vorgelesen, aber nicht den zwanzigjährigen Durchschnitt. Richtig?

Staatssekretärin Dr. Margaretha Sudhof (SenFin): Das wird nach diesem etwas schrägen Maßstab zurückberechnet, den man 1999 für angemessen hielt, also mit diesem Time Lag.

Nikolaus Karsten (SPD): Noch eine Nachfrage: Sie hatten zum Beispiel für das Jahr 2011 2,65 Prozent vorgelesen, aber das ist ja nicht der zwanzigjährige Durchschnitt, oder?

Staatssekretärin Dr. Margaretha Sudhof (SenFin): Ich habe für den vergangenen Zeitraum von 20 Jahren jeweils den Durchschnitt in dem Jahr vorgelesen. Andere Daten habe ich ad hoc nicht vorliegen.

Nikolaus Karsten (SPD): Gut! Dann habe ich noch eine Nachfrage an Herrn Bruckmann. Das waren jetzt Jahreszahlen. Das heißt, wenn es richtig ist, dass wir zum Beispiel im Jahr 2000 für die Berechnung des Gewinns maßgeblich die Jahre 1980 bis 1999 zugrunde legen. Ist das richtig?

Vorsitzender Claudio Jupe: Herr Bruckmann!

Frank Bruckmann (Berliner Wasserbetriebe): Das ist relativ einfach zu sagen: Das ist nicht maßgeblich, weil wir bis 2003 einen Tarifdeckel hatten. Durch den Tarifdeckel haben wir dort etwas andere Situation. Es geht ja erst ab 2004 mit dem Verordnungszinssatz richtig los.

Nikolaus Karsten (SPD): Ist es richtig, dass in die Preise des Jahres 2004 Zinssätze ab 1984 eingehen?

Vorsitzender Claudio Jupe: Bitte schön!

Frank Bruckmann (Berliner Wasserbetriebe): So müsste es gewesen ein. Ich muss darauf verweisen: Wir als Wasserbetriebe kommen vom Senat den Zinssatz korrekterweise vorgegeben. Aber es ist eigentlich der zwanzigjährige Durchschnitt. Den bekommen wir vom Senat vorgegeben. So ist, glaube ich, das richtige Prozedere, Frau Dr. Sudhof.

Staatssekretärin Dr. Margaretha Sudhof (SenFin): Ich bitte um Nachsicht. Ich habe mir gestern Zahlen aus dem Internet zusammengesucht. Ich hatte keinerlei Vorbereitung meiner Arbeitsebene, null. Ich bin jetzt unvorbereitet reingekommen.

Vorsitzender Claudio Jupe: Frau Kosche, bitte schön!

Heidi Kosche (GRÜNE): Das wird jetzt ein bisschen absurd mit diesen Zahlen und auch mit dieser Vorgehensweise. Bei der Frage 6 reden wir über ein verfassungswidriges Verhandeln des Berliner Senats, weil dieser Aufschlag von 2 Prozent vom Verfassungsgericht 1999 verboten worden ist. Dass wir das nicht mehr „R“ plus 2 nennen, sondern anders, aber hier noch reinschreiben und noch darüber reden, dass wir tun, was das Berliner Verfassungsgericht verboten hat, finde ich dreist. Dann muss man deutlich sagen, dass diese Zahlenwischerei, die wir jetzt hier betreiben und die vielleicht nicht Ihnen persönlich angelastet werden kann, dass diese Berechtigung im Grunde genommen an den Berliner Senat zu richten ist.

Der Berliner Senat ist nicht berechtigt, weder als Genehmigung noch als Berechnung noch als irgendwas plus zwei zu machen. Ich hatte schon gehofft, dass Sie in Ihrer Antwort zu Frage 6 erkannt haben, dass das der springende Punkt ist. Weiterhin muss man dazu sagen, dass der Zeitraum – –

Vorsitzender Claudio Jupe: Gibt es noch Fragen, Frau Kosche?

Heidi Kosche (GRÜNE): Ja, die möchte ich gern stellen.

Vorsitzender Claudio Jupe: Bitte!

Heidi Kosche (GRÜNE): Dass in den zehnjährigen deutschen Bundesanleihen in diesen 20 Jahren eine große Brisanz drinsteckt, das haben Sie, glaube ich, richtig gesehen. Ich denke, wir sollten hier auch mal deutlich sagen, dass sich zwar in der letzten Legislatur und in anderen Zusammenhängen – auch jetzt wieder vorgetragen – diese Zinsentwicklung langsam niedriger entwickelt hat, aber dass das durch diesen großen Zeitraum trotzdem aus der Hochzinsphase stammt und eine sehr langsame Abwärtsentwicklung ist. Seitdem ich an diesem Thema arbeite, habe ich versucht, für mein bisschen Geld so viel Zinsen zu bekommen – Sie und andere in diesem Raum wahrscheinlich auch.

Dann stellten Sie die Frage 7 – ich bitte den Senat, dazu Auskunft zu geben –, Frau Dr. Sudhof: Die SPD-Fraktion und die CDU-Fraktion fragen, wie dieses im Zusammenhang steht mit zehnjährigen Berliner Anleihen. Ich bitte Sie, uns das zu erläutern, denn ich verstehe das nicht. Ich verstehe auch nicht den Vergleich, aber ich hoffe auf die politischen Abgeordneten dieser beiden Fraktionen, dass die sich dabei etwas gedacht haben. Ich bitte Sie auch, uns diesen Vergleich noch mal ein bisschen zu verdeutlichen und zu sagen, warum der so wichtig ist und hier als Frage 6 und Frage 7 steht. – Danke!

Vorsitzender Claudio Jupe: Ich frage jetzt noch mal ab: Herr Bruckmann! Wollten Sie dazu Stellung nehmen? – Nein! Herr Karsten, haben Sie an dieser Stelle Nachfragen? – Nein! Dann hatte sich Herr Zimmer zu Wort gemeldet. – Bitte, Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Nicolas Zimmer (SenWiTechForsch): Vielen Dank! – Frau Kollegin Sudhof wird sicherlich gleich etwas zu den Berliner Anleihen sagen. Vorab möchte ich etwas zum Verfahren der Zinsermittlung sagen – nicht dass der Eindruck entsteht, man guckt da ins Internet, sondern das ist der Tatsache geschuldet, dass die Kollegin Sudhof hier schnell aussagefähig sein wollte. Natürlich ist es so, dass der Senat ein Wirtschaftsprüfergutachten in Auftrag gibt, welches jährlich den entsprechenden Zinssatz ermittelt. Dieser Betrachtungszeitraum über 20 Jahre ist – aus der heutigen Perspektive – in der Tat ungünstig gewählt, weil wir in der Zwischenzeit sehr hohe Zinsniveaus hatten. Auf der anderen Seite: Würde man jetzt einen typischen Zinsverlauf vorhersehen, dann wäre eine zwanzigjährige Betrachtung und die Bildung eines geometrischen Mittels an sich ein plausibler Dämpfungsfaktor, der auch in eine andere Richtung hilft. Es könnte natürlich auch sein, dass Zinsen exorbitant steigen, und dadurch, dass man dort eine Mittelung vornimmt, dämpft man diesen Effekt. Das ist im Grunde genommen die Ratio, die dahintersteckt. Wir sind jetzt in einer Situation, dass diese Zinsen historisch niedrig sind – im Übrigen geht es vielen so, die ihr Haus auch langfristig finanziert haben und gern zu günstigen Zinssätzen umschulden würden, aber es nicht können. Hier haben wir wenigstens eine gewisse Anpassung an Zinsniveaus. Insofern will ich jetzt gar nicht

sagen, dass ich diese Regelung insgesamt toll finde, aber die Bildung eines geometrischen Mittels über 20 Jahre ist aus meiner Sicht eine plausible Herangehensweise, um sicherzustellen, dass es eine gewisse prognostische Sicherheit gibt – auch in dem, was an Zinssatz festzusetzen ist.

Vorsitzender Claudio Jupe: Vielen Dank! – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Bitte, Herr Karsten!

Nikolaus Karsten (SPD): Also wir sind jetzt in dem Bereich, dass wir nicht mehr nachfragen, sondern uns auch zu Wort melden dürfen? – Mein Fragebedarf ist geklärt. Ich würde mich dann gern zur nächsten Runde melden.

Vorsitzender Claudio Jupe: Frau Staatssekretärin Dr. Sudhof hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. – Bitte sehr, Frau Dr. Sudhof!

Staatssekretärin Dr. Margaretha Sudhof (SenFin): Frau Kosche hatte noch mal nach dem Zinsabstand gefragt – das ist das eine. Zum anderen: Die Zinsentwicklung ist nicht konsequent nach unten gegangen, das habe ich eben vorgelesen. Die hat sich in Wellen bewegt und ist seit 2008 nach unten gegangen – vorher nicht.

Zum Zinsabstand: Es ist tatsächlich so – das sehen wir auch derzeit aktuell –, dass es immer einen Zinsabstand zwischen Bundes- und Länderanleihen gibt. Berlin muss mehr für sein Geld bezahlen als der Bund, das ist so. Wir sehen das zurzeit auch im Vergleich zwischen den Nationalstaaten. Griechenland muss ganz viel für Geld bezahlen, und Deutschland im Moment ganz wenig. Berlin muss jedenfalls mehr bezahlen als der Bund, das ist die ganze Zeit über so gewesen. Der Zinsabstand zwischen Berlinanleihen und Bundesanleihen hat sich in der Marge zwischen 0,25 Prozent, also einem Viertelprozent, und einem halben Prozent bewegt. Teilweise ist er mal ein bisschen darüber gegangen, aber im Moment sind wir bei einem Zinsabstand von 0,56 Prozent und 0,55 Prozent für die Berlinanleihen. Berlin muss bei zehnjährigen Anleihen für sein Geld ein halbes Prozent mehr bezahlen als der Bund. Das liegt daran, dass die Kapitalmärkte für Berlin nicht die Sicherheitserwartungen haben wie beim Bund.

Vorsitzender Claudio Jupe: Dazu – bitte, Frau Kosche!

Heidi Kosche (GRÜNE): Danke, Herr Vorsitzender! – Zur Frage 7 möchte ich Sie, Frau Dr. Sudhof, fragen: Ist der Aufschlag von zwei Prozent demnach angemessen?

Dann möchte ich noch wissen: Haben Sie Kenntnis darüber, wie die Obergrenze ist? – Das ist immer eine Spannbreite, die da austariert wird. – In welchem Rahmen bewegen Sie sich da? Wie definieren Sie „angemessen“?

Vorsitzender Claudio Jupe: Frau Dr. Sudhof!

Staatssekretärin Dr. Margaretha Sudhof (SenFin): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich habe auch keine verschärften Kriterien, um Angemessenheit zu bewerten. Die Rechtsprechung sagt, das ist proportional – das ist ein unbestimmter Rechtsbegriff. Man muss versuchen, inhaltliche Kriterien zu finden, ein sogenanntes Drittes, ein tertium comparationis. Ich kann sagen, dass derzeit zum Beispiel die durchschnittliche Rendite für zehnjährige Anleihen

Berlin bei 2,44 Prozent liegt, und im Bund liegt sie bei 2,89 Prozent. Das ist ein deutlicher Abstand. Ob ein darüber hinaus gehender weiterer Abstand von 1,5 Prozent angemessen ist oder nicht, dafür habe ich keine Kriterien, das zu beurteilen. Ich kann nur feststellen, dass da ein Abstand ist.

Vorsitzender Claudio Jupe: Herr Höfinghoff – bitte!

Oliver Höfinghoff (PIRATEN): Frau Dr. Sudhof! Sie haben gerade erklärt, dass Berlin ein halbes Prozent mehr an Zinsen bezahlt als der Bund. Das sind Unterschiede, die sind tatsächlich marginal. Das bedeutet, dass Anlagen in die Stadt Berlin offensichtlich nicht als Risikokapital bewertet werden. Ich frage mich allen Ernstes: Woher kommen diese 2 Prozent? Die erschließen sich einfach nicht, und auch eine Investition in die Berliner Wasserbetriebe ist offensichtlich kein Risikokapital.

Vorsitzender Claudio Jupe: Als Nächster steht Herr Dr. Lederer auf der Redeliste. – Bitte sehr!

Dr. Klaus Lederer (LINKE): Im natürlichen Monopol ist es auch mit den Risiken relativ überschaubar.

Mich interessiert: Herr Bruckmann hat formal völlig zu recht gesagt, dass der Verordnungszinssatz wird vom Senat vorgegeben. Was würde denn passieren, wenn der Senat sagt, wir nehmen jetzt mal nicht 7, sondern 3 Prozent?

Vorsitzender Claudio Jupe: Dazu bitte Frau Kosche!

Heidi Kosche (GRÜNE): Ich warte mit meiner Frage bis zur Beantwortung dieser Frage.

Vorsitzender Claudio Jupe: Frau Staatssekretärin!

Staatssekretärin Dr. Margaretha Sudhof (SenFin): Welche Frage soll ich jetzt beantworten?

Vorsitzender Claudio Jupe: Herr Dr. Lederer, bitte wiederholen Sie Ihre Frage! – [Lachen bei den Zuhörern] – Ich bitte Sie, derartige Kundgebungen beiseite zu lassen. Wir sind ein Ausschuss, der auf gesetzlicher Grundlage eingesetzt worden ist. – [Zurufe von den Zuhörern] – Wir bemühen uns hier alle, ernsthaft miteinander zu verhandeln. Das bitte ich zu akzeptieren! Wenn Sie das weiterhin nicht tun – ich bin schon von mehreren Seiten darauf hingewiesen worden –, dann muss ich leider den Saal räumen lassen. Hören Sie bitte damit auf! Wir wollen ernsthaft miteinander verhandeln, eine Arbeitsatmosphäre haben und nichts anderes. Dazu gehört es, dass Sie es unterlassen, Missfallens- und Beifallskundgebungen von sich zu geben. Also bitte, beachten Sie das! – [Zuruf von den Zuhörern: Integrieren Sie doch auch mal die Anwesenden ein wenig!] – Bitte, Herr Dr. Lederer!

Dr. Klaus Lederer (LINKE): Okay! Ich habe – um das vorweg zu sagen – tatsächlich ein Erkenntnisinteresse, weil wir als Ausschuss auch daran interessiert sind, irgendwann mal zu Ergebnissen zu kommen und möglicherweise einen Umgang mit diesem Teilprivatisierungskonstrukt zu finden. Ich habe kein Interesse daran, weder Herrn Bruckmann noch die beiden

Staatssekretäre im Grunde stellvertretend für den Frust, den ich über das 99er-Geschäft habe, hier rund zu machen wie einen Buslenker. Davon haben wir alle nichts, denn es ist zwar schön, wenn man sich Luft gemacht hat und dann irgendwie mit Entspanntheit aufgrund von Fruststautentladungen nach Hause geht, aber damit verschwindet die Teilprivatisierung der Wasserbetriebe auch nicht.

Nun ist es so – ich habe vorhin schon mal darauf hingewiesen –, dass alles extrem kurzfristig passiert ist. Ich habe einen Fragenkatalog von 26 Fragen eingereicht – die kann jeder nachlesen –, die mein ernsthaftes Erkenntnisinteresse betreffen. Ich verliere langsam die Illusion, dass es Sinn hat, heute ernsthaft von allen Beteiligten zu verlangen, dass diese 26 Fragen in einer systematischen Weise so abgearbeitet und das möglicherweise auch in einer Form vorgelegt wird, dass wir ernsthaft darüber verhandeln können. Ich habe das schon geahnt und letzte Woche Donnerstag in der Sprecherrunde darauf hingewiesen, dass man sich bestimmte Ausschusssitzungen ersparen kann, wenn man sie nicht ordentlich vorbereitet und nicht mit einem ordentlichen Vorlauf veranstaltet. Deswegen sage ich an dieser Stelle: Ich habe jetzt nicht mehr die Erwartung, dass wir hier diesen Fragenkatalog durcharbeiten, sondern ich habe die Bitte, dass die Fragen schriftlich beantwortet werden in einer akzeptablen Zeit, die es den Beteiligten möglich macht, nicht irgendwelche Fragen aus dem Internet zu beantworten oder dergleichen mehr, sondern die Antworten seriös recherchiert vorzulegen, denn nur dann nützen mir die Informationen am Ende etwas.

Zu der Frage, die ich eben gestellt habe, weil wir des Öfteren über den Verordnungszinssatz geredet haben: Ich will mich gar nicht hinstellen und sagen, dass es definitiv verfassungswidrig ist, wie das seit 2003 geregelt ist. Es war davor definitiv verfassungswidrig, aber inzwischen hat das Verfassungsgericht in zwei Fällen gesagt: So, wie es jetzt ist, könne man das tarif- und gebührenrechtlich machen, wobei wir alle wissen, dass dieses Gesetz nicht aus freien Stücken gemacht worden ist, sondern weil sich das Land Berlin 1999 in eine Vertragssituation begeben hat, in der unter dem Strich entweder das Land oder die Wasserkundinnen und -kunden für die Rendite bezahlen. Das wissen wir alle, und da brauchen wir uns auch nicht gegenseitig etwas vorzumachen. Deswegen habe ich jetzt einfach mal die politische und keine wirtschaftsbezogene Frage gestellt: Was passiert, wenn der Senat den Verordnungszinssatz mal halbiert festsetzen würde? Denn Herr Bruckmann sagte, der Senat gibt uns das vor, da können wir als Wasserbetriebe gar nichts machen, und der Senat sagt: Na ja, aber wir haben eine Wassertarifverordnung, dann muss das Parlament es anders machen. Also muss das Parlament eine neue Regelung im Betriebegesetz schaffen. – Ja, klar – ich denke jetzt einfach mal so darüber nach –, ich komme übernächste Woche ins Plenum und stelle den Antrag, das Berliner Betriebegesetz zu ändern und den Zinssatz zu halbieren. Eine meiner Fragen – auch im Fragenkatalog – ist: Was passiert denn dann? Gibt es dann Schiedsverfahren, oder gibt es dann eine Klage von RWE und Veolia gegen das Land Berlin auf Erstattung des Ausgleichs? – Ich würde gern aus der Perspektive des Senats hören: Was wäre die Konsequenz, wenn wir jetzt einfach mal so verfahren würden?

Vorsitzender Claudio Jupe: Dazu erteile ich der Staatssekretärin das Wort. – Bitte, Frau Sudhof!

Staatssekretärin Dr. Margaretha Sudhof (SenFin): Das kann ich kurz beantworten: Dann würde das Land Berlin ausgleichspflichtig, und zwar aus dem Haushalt. – Das wissen Sie eigentlich auch.

Ich kann zu der Verhältnismäßigkeit des Zinsabstands zwischen Berlin und dem Bund und der Einschätzung des Risikos nur sagen: Bis vor zwei Jahren gab es in Griechenland auch keinen Zinsabstand. Das hat niemand als riskant eingeschätzt. Wie sich die Situation und die Stabilität der öffentlichen Körperschaften weiterentwickeln werden, das ist in einem hohen Maß eine Einschätzungsfrage und wird sehr unterschiedlich gesehen. Ich bin zwar keine Expertin auf diesem Feld, aber eines weiß ich: Berlin steht mit 63 Milliarden Euro Schulden nicht gut da.

Vorsitzender Claudio Jupe: Nun steht Herr Karsten auf der Redeliste. – Bitte sehr!

Nikolaus Karsten (SPD): Ich glaube, das war eine wichtige Antwort, und darum geht es. Das ist genau der entscheidende Punkt, um den es hier geht. Es geht nicht um eine Verzinsung – selbst eines Monopols, das wir nicht als besonders risikoreich anerkennen –, sondern um eine Garantieverzinsung. Zwischen einer normalen Verzinsung eines Geschäfts und einer Garantieverzinsung gibt es himmelweite Unterschiede. Das kann man nicht einfach gleichsetzen, sondern der Zinssatz ist mal so und mal so.

Weil die Gesellschafter jetzt nicht da sind: Ich hatte Herrn Simon gefragt. Wir hatten Veolia in der SPD-Fraktion. Dazu gibt es eine Unterlage, die vom 11. November 2010 stammt, und da gibt es eine Stellungnahme zu den Zinsen. Darin führt Veolia auf, dass wir – im Vergleich zu den Kapitalverzinsungssätzen anderer regulierter Märkte – eine angemessene Rendite in Höhe von 6,45 Prozent haben. 6,45 Prozent sind viel – das war im November 2010. Wenn ich mir jedoch die Zahlen ansehe, die Herr Bruckmann heute mitgebracht hat, über eine Ausschüttung in Höhe von 124 Millionen Euro in 2011 und diese auf das eingesetzte Kapital beziehe, wobei ich zum einen den Kaufpreis in Höhe von 1,7 Milliarden Euro sowie den Abzug in Höhe von 263 Millionen Euro im Zuge der Kapitalherabsetzung berücksichtige, also auf einer Basis von etwa 1,4 Milliarden Euro lande, dann habe ich im Jahr 2011 eine Verzinsung in Höhe von 8,63 Prozent. Ich habe jetzt also 8,63 Prozent, und zwar das Ganze als garantierten Zinssatz, und da liegt ein Problem.

Herr Zimmer hat völlig zu Recht gesagt, dass man sehr wohl auch Durchschnitte – auch von 20 Jahren – nehmen kann, um ein langfristiges Geschäft an eine Zins- oder Preisentwicklung zu koppeln. Wenn sich aber – das ist jetzt die spannende Frage – auf der ganzen Welt etwas verändert hat, und zwar deutlich, dann muss man gucken – das spürt hier natürlich jeder –, ob die Maßstäbe noch richtig sind. Wenn wir jetzt sagen, dass 6,45 Prozent aus Sicht von Veolia angemessen sind, es aber schon 8,63 Prozent sind, obwohl es eine Tendenz nach unten gibt, dann müsste es eigentlich auch aus Sicht von Veolia angemessen sein – Ich bin nicht gegen die Gesellschafter, denn auch die Leute, die in Berlin Geschäfte machen müssen, sind wichtig für die Stadt. Es ist nur eine Frage der Angemessenheit, und die ist wichtig. Wenn ich jetzt von 6,45 Prozent runtergehe, dann wäre das auch aus Sicht von Veolia angemessen. Tatsächlich ist der Prozentsatz aber hochgegangen, und zwar auf 8,63 Prozent. Und das ist nicht angemessen.

Ich nehme als Beispiel die garantierte Rendite, den Unterschied zwischen einer Garantie und dem normalen Zinssatz. Das, was die meisten Menschen in Deutschland heute als garantierte Rendite kennen, ist die Lebensversicherung. Die Lebensversicherung hat eine Verzinsung, und als Untergrenze hat sie immer auch eine garantierte Verzinsung. Dieser Zinssatz ist –

erstmalig in der Geschichte – unter zwei Prozent gesunken. Im Jahr 2012 lag er, von der Bundesregierung festgelegt, bei 1,75 Prozent. Also habe ich hier einen Maßstab für einen garantierten Zinssatz, der für alle einschlägig ist, und dagegen habe ich eine garantierte Rendite in Höhe von 8,63 Prozent, also mehr als das Vierfache. Das ist ein Verhältnis – unabhängig davon, ob jetzt das Demokratiegebot verletzt wird, also die Prüfungsaufgaben, die noch vor uns stehen, die wir auch bewältigen wollen –, bei dem mir wichtig ist, die wirtschaftlich fundierte Erkenntnis zu haben, dass hier eine Anpassung erforderlich ist.

Auch da sieht der Vertrag Mechanismen vor. Wer in den Vertrag hineinschaut, der sieht einen Mechanismus, wonach dann, wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse ändern, angepasst werden muss. Unabhängig von dem, was wir weitermachen, ist für mich heute schon klar – da sind wir uns auch in der Koalition einig –, dass wir ein unangemessenes Verhältnis haben. Wir erwarten, dass es besser wird, aber das geht viel zu langsam. Das ist die heutige Einschätzung, und diese gilt für alle, die sich damit beschäftigen. Die Zinsen gehen runter, und weil wir mit einem zwanzigjährigen Zeitraum mitteln, gehen sie auch in Zukunft noch weiter leicht herunter. Wir haben also den Höchstpunkt erreicht, was die Zinsen betrifft, und wenn wir das betriebsnotwendige Kapital im Griff haben, dann kann hier etwas – – Entspannung wird auf jeden Fall eintreten, aber heute geht es nicht. Insofern muss sofort etwas passieren.

Vorsitzender Claudio Jupe: Bitte, Frau Kosche!

Heidi Kosche (GRÜNE): Mein Kollege Jochen Esser würde jetzt sagen: Tolle Oppositionsrede, wunderbar! An wen richten Sie denn das, was Sie eben gesagt haben? Das würde ich gern wissen, denn meine heißgeliebten Wasserbetriebe betrifft das nicht. Die sind im Grunde genommen diejenigen, die das ausführen, was diese Regierung – entweder 1999 oder heute – ihnen vorgibt.

Wir hören hier ganz deutlich: Wenn wir mal in die Zinsen reinsteigen und sie komplett halbieren – Sie könnten das, aber ich leider nicht, aber vielleicht auch Gott sei Dank nicht –, dann könnten wir sagen, dass drei Prozent angemessen sind. Das Grundprinzip bei diesen Konstruktionen ist, dass mit der Art und Weise der Verträge, die Ihre Koalitionen beschlossen haben, nicht etwas Öffentliches oder Transparentes passiert, sondern diese perfiden Dinge, die da passieren, sind von dieser Regierung, die das 1999 gemacht hat, so gewollt worden. Es gibt auch noch ein paar andere Dinge, auf die Sie stoßen werden, wenn Sie in diesem Zusammenhang weiter graben. Deswegen werden Sie auch andere Dinge finden, bei denen Sie sagen müssen: Das ist nicht mehr angemessen. Deswegen frage ich die Koalition: Was ist angemessen? Wie ändern wir das? Das Perfide an diesen Dingen ist, dass es die Berliner Wasserkunden betrifft, die einen Anschluss- und Benutzungszwang haben. Für 2007 ist von Herrn Bruckmann zwar nur der Grundpreis vorgetragen worden, aber in diesem Zusammenhang gab es auch einen Anschluss- und Benutzungszwang. Das heißt, es sind perfide Verträge gemacht worden, die nicht über Steuern Geld in die öffentlichen Kassen bringen, sondern über Wasserpreise. Die Menschen wurden verpflichtet, das zu bezahlen, weil sie von woanders kein Wasser bekommen – es sei denn, sie kaufen es im Supermarkt oder sonst wo. Da stellt sich die Frage, Herr Karsten: Wie wollen Sie mit dem, was Sie als Erkenntnis vorgetragen haben, umgehen?

Ich sage ganz deutlich: Die Richtung, in die diese Koalition einzutreten gedenkt, tragen wir nicht mit, bei der es dann einen neuen Vertrag gibt, eventuell nur mit Veolia, wieder auf

30 Jahre usw., eventuell mit geänderten Margen. Das ist nämlich das, was seit dem Verkauf von RWE, die noch immer 600 Millionen Euro wollen, im Raum steht. Eines wird an dieser perfiden Situation deutlich: Wenn wir das Jahr 2028 oder 2023 erreicht haben und die Vertragskonstruktion in dieser Form zu Ende ist, dann gehört uns noch nichts wieder von alledem, was wir einmal veräußert haben. Das heißt, es sind an dieser Stelle noch so viele Dinge zu bedenken, die möglicherweise jetzt im politischen Raum, in den „Kaminzimmern“ verhandelt werden. Dazu brauchten wir mal eine Aussage und auch eine politische Hausnummer, die besagt, wie das alles enden soll.

Wenn wir weitergehen, zu den anderen Fragen, dann kommen wir noch zu ähnlichen Dingen, bei denen wir uns alle wundern, wie und wo das Geld den Wasserkundinnen und -kunden im Sinne einer schwarzen Kasse – das darf ich nicht sagen, das sage ich nie, und niemand hat gehört, dass ich von einer schwarzen Kasse gesprochen habe, aber das ist es für diese Regierung – aus der Tasche gezogen wird.

Vorsitzender Claudio Jupe: Ich frage in die Runde: Wird denn überhaupt noch die Anhörung von Herrn Bruckmann gewünscht? – Falls nicht, dann können wir den Punkt an dieser Stelle abschließen. – Das hängt auch mit dem zweiten Abschnitt zusammen, den Herr Dr. Lederer angesprochen hat, nämlich wie wir die weiteren Fragen behandeln wollen. Wollen wir das mal gemeinsam festlegen? Sollen wir uns darauf festlegen, dass wir um eine schriftliche Beantwortung bitten und wir dann, wenn diese Antwort vorliegt, das als Tagesordnungspunkt beantworten? – Das ist mein Vorschlag. – Bitte, Frau Kosche!

Heidi Kosche (GRÜNE): Ich habe noch eine Frage an Herrn Bruckmann: Sie haben eingangs auf Ihrer Folie gezeigt, wie viel Gewinnausschüttung das Land Berlin über die Jahre bekommen hat. Man kann sich anhand der Differenz ausrechnen, wie viel die privaten Anteilseigner bekommen haben. Ist an dieser Stelle auch eine Abzahlung des geleisteten Kaufpreises enthalten?

Vorsitzender Claudio Jupe: Bitte, Herr Bruckmann!

Frank Bruckmann (Berliner Wasserbetriebe): Nein! Die Gewinnermittlung erfolgt durch den Aufwand bzw. das betriebsnotwendige Kapital, multipliziert mit dem Verordnungszinssatz.

Vorsitzender Claudio Jupe: Bitte, Herr Karsten!

Nikolaus Karsten (SPD): Ich hätte Herrn Bruckmann gern dabei. Wir haben hier zum einen die Senatsverwaltung als Vertreter von uns allen, und wir haben zumindest Herrn Bruckmann, der uns von den anderen Gesellschaftern RWE und Veolia – ich weiß nicht, ob von denen jemand anwesend ist – erzählen kann, welche Entwicklungen es gegebenenfalls gibt. Deswegen hätte ich nichts dagegen, wenn Herr Bruckmann auch weiterhin hier wäre. Ich möchte Sie nur bitten, dass Sie uns zumindest noch die Folien bzw. den Vortrag, den Sie an der Wand präsentierten, zur Verfügung stellen.

Vorsitzender Claudio Jupe: Bitte, Herr Bruckmann!

Frank Bruckmann (Berliner Wasserbetriebe): Ja, natürlich, selbstverständlich!

Vorsitzender Claudio Jupe: Gut! – Bitte, Herr Dr. Lederer!

Dr. Klaus Lederer (LINKE): Ich bin mit dem Vorschlag einverstanden, dass wir einen Break machen und das nach der schriftlichen Beantwortung und einer ordentlichen Vorbereitung in einer sinnvollen Art und Weise miteinander bereden. Wenn gegebenenfalls mal Nachfragen kommen – sei es an die BWB oder auch an die Verwaltung –, dann können wir das vielleicht mit einem etwas größeren Abstand zu der Sitzung, bei der wir darüber diskutieren wollen, so machen, dass die Leute eine ernsthafte Chance haben, diese Fragen seriös zu beantworten. Ansonsten gehe ich prinzipiell davon aus, dass die Partner, nämlich RWE/Veolia auf der einen und Berlin auf der anderen Seite miteinander reden – das soll hin und wieder passieren. Ich gehe auch davon aus, dass der Senat von Berlin den Anteilseignern erzählt, was hier geschieht und welche Debatten wir führen. Ich bin fast davon überzeugt, dass Herr Künack (phonet.) und Herr Hills (phonet.) hin und wieder auch mal die Protokolle dieses Ausschusses lesen, denn sie sind als Wortprotokolle im Internet erhältlich. Herr Bruckmann kann natürlich – an dieser Stelle muss ich mich jetzt mal vor ihn werfen – als leitender Angestellter der Berliner Wasserbetriebe nur das, was Berlin, RWE und Veolia ausgehandelt haben, umsetzen. Wenn das Land Berlin möchte, dass sich diese Zustände ändern – es ist auch unsere Aufgabe, darüber nachzudenken, wie das möglicherweise sein könnte –, dann ist meine Adresse immer noch die Landesregierung.

Vorsitzender Claudio Jupe: Vielen Dank! – Dann verfahren wir so. Ich stelle Einvernehmen fest, dass wir zu den weiteren Abschnitten der Fragen, die eingereicht worden sind, um die schriftliche Beantwortung bitten, was sich auch auf den Fragenabschnitt der Grünen bezieht.

Herr Bruckmann! Wir bedanken uns sehr herzlich, dass Sie uns heute geantwortet haben und wir mit Ihnen einen Teil der Strecke diskutieren konnten. Ich bitte Sie, uns die übrigen Antworten zur Verfügung zu stellen. – Herr Bruckmann möchte noch etwas sagen. – Bitte sehr!

Frank Bruckmann (Berliner Wasserbetriebe): Das ging jetzt ein bisschen konträr. Soll ich nun bleiben oder gehen?

Vorsitzender Claudio Jupe: Ich habe mich eben von Ihnen verabschiedet.

Frank Bruckmann (Berliner Wasserbetriebe): Vielen Dank! Dann wünsche ich Ihnen noch eine gute Beratung und ein schönes Wochenende.

Vorsitzender Claudio Jupe: Danke, Ihnen auch! – Damit sind wir am Ende dieses Tagesordnungspunkts.

Punkt 2 der Tagesordnung

**Entwicklung und Verfassungskonformität der
Holdingkonstruktion (Teilprivatisierungsgesetz und
Teilprivatisierungsverträge) zur BWB-
Teilprivatisierung 1998/1999**

Hierzu: Anhörung

Vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

Wir kommen nun zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Sitzungstermine (Ersatztermine)

Wir haben eine Übersicht der möglichen Ersatztermine für das laufende Jahr vorbereitet. Ich bitte Sie, vielleicht den einen oder anderen Termin zu überprüfen und auszusuchen, damit wir dann eventuell übereinkommend einen Ersatztermin fixieren können. Anderenfalls müssten wir so verbleiben, dass wir diesen Punkt demnächst in der Sprecherrunde behandeln. Da wir dieses Thema kürzlich schon einmal angesprochen hatten, könnte es aber sein, dass sich die eine oder der andere schon selbst einen Termin errechnet hat. Deswegen meine Frage: Gibt es Möglichkeiten, sich auf einen Ersatztermin zu einigen?

Ich schlage vor, zunächst so vorzugehen, dass Sie sich den Zeitraum bis zu den Sommerferien ansehen und prüfen, ob es – neben den Terminen, die wir sowieso als Sitzungstermine vereinbart haben – noch einen zusätzlichen Termin gibt, den wir hinzu nehmen – mehr oder weniger einvernehmlich. Nach der von uns verteilten Liste stünden als mögliche zusätzliche Termine der 27. April, der 11. Mai, der 25. Mai, der 1. Juni und der 15. Juni 2012 zur Verfügung. Teilweise stehen diese Termine in einem zeitlichen Konnex zu Feiertagen, aber wir müssen darüber befinden und sind dabei geblieben, einen der Freitage zu nehmen, weil die übrigen Tage aufgrund von Ausschuss-, Fraktions- und Parlamentssitzungen zumeist mit anderen Verpflichtungen ausgefüllt sind.

Ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, dass man Freitag, den 1. Juni 2012 nimmt oder auch Freitag, den 27. April. – Bitte, Herr Dr. Lederer!

Dr. Klaus Lederer (LINKE): Also 27. April, 11. Mai ginge bei mir. Am 1. Juni habe ich das Problem, dass wir einen Bundesparteitag haben, der langfristig angesetzt ist – das hatte ich letztens in der Sprecher/-innenrunde auch schon gesagt –, und da werde ich am Freitag definitiv nicht können. Ich würde aber gern dabei sein. Vielleicht kann man die Rücksichten, die man den Fraktionen mit ihren Fraktionsklausuren gegenüber übt, auch mir an dieser Stelle gegenüber üben – das wäre sehr sympathisch.

Vorsitzender Claudio Jupe: Herr Höfinghoff, bitte!

Oliver Höfinghoff (PIRATEN): Im Interesse des Kollegen Claus-Brunner möchte ich davon Abstand nehmen, irgendeinen Tag zu nehmen, an dem gerade Hauptausschuss bzw. Haushaltsberatungen mit auf dem Plan stehen. Es bliebe der Vorschlag, den 25. Mai zu nehmen, der noch relativ frei ist. Ansonsten haben wir da jedenfalls auch keine großartigen Terminkollisionen.

Vorsitzender Claudio Jupe: Weitere Wortmeldungen? – Bitte schön, Frau Kosche!

Heidi Kosche (GRÜNE): Ich darf für unsere Fraktion sagen, dass wir an allen Terminen könnten.

Vorsitzender Claudio Jupe: Herr Karsten, bitte!

Nikolaus Karsten (SPD): Sie haben das auch schon bemerkt, dass bei uns Sven Heinemann und Karlheinz Nolte, die normalerweise hier sitzen, beide auch im Haushaltsausschuss sind, und deswegen sind dankenswerterweise immer Leute eingesprungen, die die beiden ersetzen. Wir können, denke ich, das auch zukünftig so handhaben, dass jemand ersetzt wird. Insofern wäre aus unserer Sicht der 27. April und der 1. Juni am besten – wäre jetzt meine Sicht.

Vorsitzender Claudio Jupe: Gut. – Herr Dr. Hausmann!

Dr. Hans-Christian Hausmann (CDU): Ich würde mich der Ansicht anschließen, also der 27. April, weil das auch relativ zeitnah ist. Ausgefallene Termine will ich jetzt nicht bis irgendwann in die Ewigkeit bis nach hinten verschieben. Also, 27. oder dann, na gut, 1. Juni, schwierig, aber 27. April würden wir auch sehr gutheißen.

Vorsitzender Claudio Jupe: Herr Höfinghoff, bitte!

Oliver Höfinghoff (PIRATEN): Zusätzlich zu dem, was ich eben gesagt habe, spricht gegen den 27. April, dass bei uns ebenfalls ein Bundesparteitag ansteht. Was die Ersatzleute für die Ausschussmitglieder hier angeht, muss ich dazu mal zu bedenken geben, also bitte ich einfach, Rücksicht darauf zu nehmen, dass wir bei einer immens dünneren Personaldecke – unsere Fraktion ist ja ein bisschen kleiner – die gleiche Anzahl an parlamentarischen Terminen haben und wir unsere Parlamentarier auch nicht unbedingt aufreiben wollen. Deswegen würde ich gern am 25. Mai festhalten. Wie gesagt, der kollidiert kaum mit Terminen und ist insofern für uns handelbar.

Vorsitzender Claudio Jupe: Gut! – Wenn wir uns nicht einigen können, müssen wir in irgendeiner Weise hier zu einer Klärung durch Abstimmung kommen. Gibt es noch weitere Wortmeldungen zu der Thematik Termine? – So, wie ich das verstanden habe, gibt es jedenfalls keinen Termin, auf den sich alle einigen können. – Ich frage noch mal in die Runde, insbesondere jetzt die Koalition: Gäbe es neben dem 27. April – den ich eigentlich auch präferieren würde, weil er in zeitlicher Nähe wäre und auch der eine Termin vom 20., der ausfällt, dann gleich nachgeholt werden könnte, aber bitte, 11. Mai, was wäre damit?

Nikolaus Karsten (SPD): Wir haben uns gerade gegenseitig zugewinkt. Mit Rücksicht auf die anderen können wir auch am 11. Mai.

Vorsitzender Claudio Jupe: Gut! Dann legen wir den 11. Mai fest. Das ist ein zusätzlicher Termin, der ist hiermit beschlossen, und dazu werden wir einladen.

Der 20. April entfällt – das haben wir aber schon rechtzeitig vorgetragen – wegen der Klausurtagung. Die anderen Parteien hatten das bereits in diesem Jahr, und die CDU hat ebenfalls eine Klausurtagung an diesem Wochenende, sodass wir am 20. April nicht tagen werden. – Bitte schön, Frau Kosche!

Heidi Kosche (GRÜNE): Danke, Herr Vorsitzender! – Wir brauchten zwei Ersatztermine, jetzt für den 20. und für den vorher, und da wäre ja der 25. Mai. Und dann haben Sie neu eingefügt den 9. November – der Termin ist ja noch lange hin, dazu könnten wir vielleicht auch noch mal beraten. Wenn wir jetzt zwei Ersatztermine zusätzlich reinnehmen, dann haben wir erst mal das ausgeglichen, was bisher ausgefallen ist.

Vorsitzender Claudio Jupe: Herr Dr. Lederer, bitte!

Dr. Klaus Lederer (LINKE): Vielleicht können wir es doch einfach so handhaben: Wir legen uns heute auf den 11. Mai fest und versuchen dann eine Sprecherrunde – in der Hoffnung, dass wir die Ausschussstrukturierung vielleicht auch noch mal ein bisschen anders hinkommen, als es bisher gelungen ist – vielleicht in die zweite Aprilhälfte zu legen, also vielleicht auch so, dass wir dann anhand dieser Liste einfach noch mal durchgehen müssten. Dann ersparen wir uns jetzt vielleicht hier diese – Also, den naheliegenden Termin haben wir jetzt erst mal, da haben wir einen schon mal ausgeglichen, und bei den übrigen schauen wir dann einfach mal miteinander durch, und dann können wir den langfristig auch so planen, dass möglicherweise so ein paar Probleme von uns jetzt hier nicht auftauchen. Das wäre jetzt vielleicht nicht unkonstruktiv – damit wir einfach zu einem Punkt kommen.

Vorsitzender Claudio Jupe: Ich würde dem Vorschlag auch folgen wollen und kann gleich darauf hinweisen, dass wir auch eine gesonderte Sprecherrunde vereinbaren sollten. Das kommt zwar formal erst unter Tagesordnungspunkt 4, Verschiedenes, aber ich sage es, weil die Kollegen aus der SPD und aus der CDU heute für die Sprecherrunde nicht länger zur Verfügung stehen können und deswegen den Vorschlag gemacht haben, dass wir uns dafür gesondert zusammenfinden. – Frau Kosche, bitte!

Heidi Kosche (GRÜNE): Jetzt mal zu den Ersatzterminen: Ich kann dem Vorschlag folgen. Ich bitte aber die Kollegen darum, diese Termine dann in ihre Kalender und in ihre Plenardin-

ge einzupflegen, damit wir nicht irgendwann wieder die Schwierigkeiten haben, mit denen wir jetzt gestartet sind. Ich möchte aber den Antrag von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die diese Ersatztermine beantragt hat, so lange offen lassen, bis wir das geklärt haben, so lange stelle ich den zurück. Ich ziehe ihn entweder dann zurück, wenn wir sie haben, oder wir müssen dann darüber abstimmen.

Vorsitzender Claudio Jupe: Gut! – Dann verfahren wir so, wie wir das besprochen haben. Wir haben das zu Protokoll genommen.

Dann kommen wir zu

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Wortmeldungen dazu? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann bedanke ich mich für Ihre Mitarbeit und lade Sie dann zu der nächsten Sitzung am 4. Mai ein. – Danke sehr! Ein schönes Wochenende!